

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonntag
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder u. a. m. ermäßigt.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kaiser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Der Generalstreik in Schweden.

Ein Niesenkampf spielt sich in Schweden ab. Die Arbeiter messen ihre Kräfte mit dem Kapital. Der Generalstreik ist noch nicht abzusehen. Die Arbeiter sind schon jetzt bewiesen, nämlich, daß der unterdrückten, geknechteten, vielfach verachteten Arbeiterschaft eine ungeheure Macht innewohnt, wenn sie fest zusammenhält und sich von einem einheitlichen Willen leiten läßt. Das vielverspottete Wort: „Alle Köder stehen still, wenn dein starker Arm es will“, ist in Schweden zur Wahrheit geworden.

In noch weit höherem Maße wie der Streik einer einzelnen Berufsgruppe an einem einzelnen Ort, ist der Streik über das ganze Land erstreckende Generalstreik eine zweifelhafte Waffe. Gewiß wird das Unternehmertum durch die Arbeitseinstellung schwer in seinen Profitinteressen getroffen und bei einem Kampf wie der, der sich jetzt in Schweden abspielt, kommt die ungeheure Bedeutung der Arbeiter für das Wirtschaftsleben auch den Streikenden zum Bewußtsein, die sonst von den Arbeitskämpfen nicht berührt werden. Aber in weit stärkerem Maße als die übrigen Bevölkerungsklassen, haben die Arbeiter selbst unter dem Massenstreik zu leiden. Sie können sich nicht so wie die Besitzenden für die Zeit des Kampfes vorbereiten, und halb laßt sich der Hunger zu Gast, der mit seiner Gewalt auch den stärksten Willen brechen kann. Der Generalstreik ist ein verzweifelttes Mittel, welches nur nach gründlichster Ueberlegung und nur in solchen Fällen angewendet werden kann, wo es sich um die höchsten Güter der Arbeiterschaft handelt. Im einzelnen Fall ist der Umfang, den der Kampf annimmt, ein zuverlässiger Gradmesser dafür, ob die Bedeutung des Kampfbetriebes dem hohen Einfluß entspricht. Nur wenn die Arbeiterschaft gänzlich durchdrungen ist von dem hohen Wert des erstrebten Zieles, wird die Teilnahme eine allgemeine sein; dann aber ist auch die Begeisterung derartig, daß sie die Kämpfer über die Entbehrungen hinweghilft, welche sie sich selbst auferlegen; und in einem solchen Fall ist auch mit großer Wahrscheinlichkeit auf den Sieg zu rechnen.

Der Massenstreik ist in den letzten Jahren schon wiederholt angewandt worden. In Belgien, in Italien, in Rußland und auch schon in Schweden sind bereits Generalstreiks inszeniert worden. In allen diesen Fällen handelte es sich aber um die Erreichung politischer Ziele. Das bedeutungsvollste an dem gegenwärtigen Streik in Schweden ist jedoch der Umstand, daß es sich hier um einen rein wirtschaftlichen Kampf handelt und daß die Beteiligung weit stärker ist, als es bei allen früheren Generalstreiks der Fall war.

Die Zahl der Streikenden wird, einschließlich der 80 000 Ausgesperrten, auf etwa 300 000 geschätzt. Um sich von der Größe dieser Zahl einen Begriff zu machen, muß man sich vergegenwärtigen, daß Schweden zwar nur um etwa ein Fünftel kleiner ist als Deutschland (447 862 Quadratkilometer gegen 540 778 Quadratkilometer), aber es ist weit schwächer bevölkert. Während Deutschland 80 Millionen Einwohner zählt, besitzt Schweden wenig mehr als 5 Millionen. Der Streik der 300 000 schwedischen Arbeiter hat also für das Land etwa die gleiche Bedeutung, als wenn in Deutschland rund 3 1/2 Millionen im Kampfe ständen.

Schweden ist zurzeit noch ein überwiegend agrarisches Land. Bei der Zählung im Jahre 1900 wurden in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft 988 000 Eimerfähige gezählt gegen 413 000 in der Industrie und im Bergbau und 148 000 im Handel und Verkehr. Der Vergleich mit der vorausgegangenen Zählung beweist aber, daß sich die Industrie riesig entwickelt. Während auf die Industrie im Jahre 1890 erst 15,81 Proz. der Bevölkerung entfielen, liegt der Anteil bis zum Jahre 1900 auf 22,01 Proz., und im Jahre 1908 waren es 31,3 Proz.

Mit der Ausdehnung der Industrie hat auch die Gewerkschaftsbewegung eine immer größere Bedeutung erlangt. Im Jahre 1908 zählten die der Landeszentrale angeschlossenen Gewerkschaften erst 47 920 Mitglieder, bis zum Jahre 1907 war diese Zahl auf 188 284 angewachsen. Den Gewerkschaften ist es gelungen, in einer großen Zahl von Kämpfen den Unternehmern manche Vorteile abzuzwängen.

Auf der anderen Seite haben sich aber auch die Unternehmer starke Organisationen geschaffen, die sich der ganz besonderen Sympathie der Regierung erfreuen. In welchem Maße die Unternehmerorganisationen von der Regierung begünstigt werden, kann man daraus schließen,

daß selbst die „Arbeitgeber-Zeitung“ berichtet, die schwedische Regierung habe ihre sozialen Sympathien stark eingeschränkt, und dem Unternehmertum den Rücken gedeckt. Weiter berichtet dieses Blatt, daß die Verkürzung der Löhne in verschiedenen Industriezweigen, die den Anlaß zu dem gegenwärtigen Kampf gegeben hat, von der Regierung billigt worden sei. Gegenüber dieser, von der Staatsgewalt unterstützten Provokation der Unternehmer, waren die Arbeiter allein auf sich selbst angewiesen und erfreulicherweise hat man überall anerkannt, daß nur durch einmütiges Zusammenwirken die versuchte Vergewaltigung abgewehrt werden kann.

Das Ziel der Unternehmer, die sich vor einigen Jahren im „Arbeitgeberverband“ eine Zentralstelle geschaffen haben, an deren Spitze ein Herr v. Sjöbow steht, der vorher Polizeibeamter in Stockholm war, geht offensichtlich darauf hinaus, die Gewerkschaften zu vernichten, und sie halten die gegenwärtige wirtschaftliche Krise für besonders geeignet, ihre Pläne zu verwirklichen. Durch riesige Aussperrungen sollten die Gewerkschaften zum Weißbluten gebracht werden. Schon im Frühjahr, als es im Baugewerbe in Stockholm zu Differenzen kam, drohten die Unternehmer mit einer allgemeinen Aussperrung, für den Fall, daß sich die Arbeiter nicht ihren Wünschen fügen. Damals gelang es, die Differenzen auf friedlichem Wege zu schlichten. Aber die Unternehmer haben deshalb ihre Absichten nicht aufgegeben. Ihr nächster Vorstoß galt den Schneidern. Die Unternehmer der Herrenkonfektion verlangten den Abschluß eines Reichstarifs bei gleichzeitiger Herabsetzung der Löhne, und als sich die Arbeiter diesem Verlangen nicht fügten, wurden sie am 24. Mai ausgesperrt. Dann kam die Zellulose-Industrie an die Reihe. Den Arbeitern in dieser Industrie sollten die Löhne ebenfalls stark herabgesetzt werden. Die Verhandlungen mit dem Landessekretariat der Arbeiter führten zu keinem Resultat, und am 12. Juli erfolgte die Aussperrung der Arbeiter.

Jetzt legte sich der Arbeitgeberbund ins Mittel, der bisher die Berufsorganisationen der Unternehmer hatte handeln lassen. Der Arbeitgeberbund faßte die Sache gleich großzügig auf. Er stellte die schwedische Arbeiterschaft vor die Wahl, entweder die schwedischen Kämpfe nach den Wünschen der Unternehmer zu beenden, also die angebotene Schlichtung anzunehmen, oder sich auf eine weitere Ausschärfung der Aussperrungen einzulassen. Am 20. Juli haben die Arbeiter in den Holzschleifereien, der Textil- und der Sägewerksindustrie ausgesperrt werden und am 2. August würden ihnen die Arbeiter in den Eisenwerken folgen. Es fanden zwar noch Verhandlungen statt, aber sie führten zu keinem Resultat, da die Unternehmer auf alle Fälle entschlossen waren, ihren Willen durchzusetzen. Bis zum 2. August waren etwa 80 000 Arbeiter ausgesperrt, und es bestand kein Zweifel, daß die Unternehmer in den folgenden Wochen mit den Aussperrungen fortfahren würden.

In der Voraussicht der kommenden Dinge hatten die Vorstände der Gewerkschaften am 19. und 20. Juli eine Konferenz abgehalten und hier wurde beschlossen, daß, falls die Unternehmer ihre Aussperrungsdrohungen wahr machen, am 4. August die Mitglieder der Landesorganisation die Arbeit einzustellen haben. Durch diese Arbeitseinstellung soll eine annehmbare Vereinbarung erzwingen und ein schnellerer Abschluß des Niesenkampfes herbeigeführt werden. Dort, wo es sich um die Wartung kranker Menschen oder die Pflege lebender Tiere handelt, auch in den Beleuchtungs-, Wasser- und Reinigungsbetrieben, soll weiter gearbeitet werden.

Diesem Beschluß hat die schwedische Arbeiterschaft in glänzender Einmütigkeit Folge geleistet und die Wirkung des Generalstreiks macht sich von Tag zu Tag deutlicher fühlbar. Die Fabriken stehen still, Handel und Verkehr ruht. Die Lebensmittel beginnen knapp zu werden und der Regierung, welche mit den Versuchen der Unternehmer, die Arbeiterschaft zu knebeln, durchaus einverstanden war, hat sich eine nicht geringe Aufregung bemächtigt.

Das Unbehagen der herrschenden Klassen ist um so größer, als sich die Streikenden durchaus ruhig verhalten. Man hätte es wahrscheinlich lieber gesehen, wenn die Arbeiter Veranlassung gegeben hätten, das aufgebotene Militär in Aktion treten zu lassen, aber dazu wurde nirgends Gelegenheit geboten. Sehr wichtig ist der Anschluß der Buchdrucker an die Streikenden. Die Organisation der Buchdrucker ist der Landeszentrale nicht angeschlossen und die Buchdrucker fühlten sich zunächst durch den mit ihren

Unternehmern abgeschlossenen Vertrag gebunden, nach welchem keine Sympathiestreiks unternommen werden dürfen. Trotzdem haben sie beschlossen, vom 9. August ab die Arbeit ruhen zu lassen, so daß seither keine Zeitungen erscheinen.

Zur Unterstützung der Streikenden ist von den organisierten Arbeitern in allen Ländern eine umfassende Aktion eingeleitet worden und man darf wohl erwarten, daß dieser Appell an die Solidarität der Arbeiterschaft ein glänzendes Resultat zeitigt. Ganz besonders möchten wir an unsere Kollegen die Mahnung richten, ihre rühmlichst bekannte Opferwilligkeit auch bei dieser Gelegenheit zu betätigen. So wie der Kampf der schwedischen Arbeiterschaft die Augen aller Welt auf sich zieht, so wird auch der Ausgang dieses Ringens von weittragender Bedeutung sein. Der Kampf, den unsere schwedischen Brüder führen, ist auch unser Kampf und deshalb müssen wir, so weit es in unseren Kräften liegt, dafür sorgen, daß dieser erste gewerkschaftliche Massenstreik zu einem siegreichen Ende geführt wird.

Zur Unterstützung der schwedischen Genossen hat unser Verbandsvorstand mit Zustimmung des Ausschusses 10 000 Mark aus der Verbandskasse bewilligt. Einschließlich dieser Summe hat unser Hauptkassierer à conto der von den Zahlstellen in Aussicht gestellten Beträge bereits am 14. August 20 000 Mk. an die Generalkommission abgeführt.

Die Holzindustrie in der bayerischen Betriebszählung.

I.
h. Die Entwicklung Bayerns zum Industriestaat erkennt man deutlich aus den Hauptergebnissen der gewerblichen Betriebszählung vom 12. Juni 1907, die in einer umfangreichen und durchsichtigen, vornehmlich tabellarischen Darstellung in dem zuletzt erschienenen Heft der Zeitschrift des königlich bayerischen Statistischen Landesamts gegeben werden. Die industrielle Entwicklung zum Großbetriebe tritt in mancher anderen Gewerbebranche, so z. B. im Baugewerbe, in den polygraphischen Gewerben kräftiger zum Ausdruck als in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, aber auch hier sehen wir deutlich die Tendenz walten, die von der sozialistischen Theorie als die historische Entwicklungsrichtung in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung festgestellt wird: Abnahme der Zahl der Betriebe, Steigerung der in den Betrieben beschäftigten Personen, das ist auch für die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe das deutliche Hauptergebnis. In ihr zählte man 1882 42 859 Betriebe, 1895 nur noch 40 116 und 1907 nur noch 38 034. In ungeheurer Entwicklung und mit viel rascheren Sprüngen sehen wir das Personal marschieren: 1882 zählte man in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 56 373, 1895 76 415, 1907 98 311 beschäftigte Personen.

Der kleingewerbliche Charakter als charakteristische Erscheinung beherrscht, wenn auch nicht mehr so stark als zur Zeit der früheren Gewerbezahlungen, als die wirtschaftlich ausschlaggebende Form die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe. In Bayern haben bloß Handwerks- und Bekleidungsindustrie, die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, die Gast- und Schankwirtschaft mehr Betriebe als die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe. Hinsichtlich der Zahl der gewerblich-tätigen Personen wird in Bayern die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe übertrifft von den eben angeführten Gewerbegruppen und vom Baugewerbe. Von 1882—1895 nahmen in unserer Industrie die Zahl der Betriebe um 6,4 Proz. ab, während die Zahl der beschäftigten Personen um 35,6 Proz. wuchs; von 1895—1907 sank die Zahl der Betriebe um 5,2 Proz., die Zahl der beschäftigten Personen stieg um 28,7 Proz. Auf je 100 000 Einwohner entfielen Betriebe der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe im Jahre 1882 813, im Jahre 1895 694, im Jahre 1907 576.

Betrachten wir nun die wichtigsten Gewerbearten, die für unsere Organisation in Betracht kommen, wobei wir auch die Bauunternehmung anführen, so finden wir in letzterer ein Steigen der Zahl der Betriebe von 1895 auf 1907 von 901 auf 2399, und die Anzahl der in ihnen tätigen Personen wuchs von 35 275 auf 72 962. In der Tischlerei mit Einschluß der Veredlung und Vergoldung von nicht näher bezeichneten Holzwaren sehen

Wir ein Sinken der Betriebe von 12 601 auf 9423, aber auch ein Sinken der Personen von 32 726 auf 19 468. Dieses Sinken ist aber zum Teil zu erklären aus veränderter Methode bei der Zählung. Im Jahre 1895, wo wir die stärkere Besetzung der Betriebe und der Personen haben, wurde Möbeltischlerei, Fabrikation von Spiegel- und Bilderrahmen, Bautischlerei und Parkettfabrikation, Sargfabrikation, Billard-, Holzkolladen-, Gardinenstangen- und Gardinenbretterfabrikation mit der im Jahre 1907 gesondert erscheinenden sonstigen Tischlerei, Veredlung und Vergoldung von nicht näherbezeichneten Holzwaren zusammengezogen. Es sind somit die von uns soeben nebeneinandergestellten Zahlen eigentlich nicht vergleichbar und deswegen ist es auch nicht möglich, für die angeführten Abarten der Tischlerei, die wir für das Jahr 1907 nun im folgenden gesondert anführen werden, Vergleichsziffern aus dem Jahre 1895 heranzuziehen. Also wir werden für die Entwicklung, die wir für die gesamte Industrie der Holz- und Schnitzstoffe gezeigt haben, nicht überall die Vergleichsziffern für die einzelnen Gewerbearten anführen können. Es werden sich auch sonst Unterschiede zeigen, die eben aus der veränderten Zählungsmethode entspringen.

Bei den Sägemühlen sehen wir ein langsames Steigen der Zahl der Betriebe von 1895 auf 1907, von 2638 auf 2914, während die Zahl der tätigen Personen in viel rascherem Maße stieg, nämlich von 9267 auf 14 540. In der Möbeltischlerei können wir aus den oben angeführten Gründen nur die Zahlen für das Jahr 1907 anführen, nämlich 2380 Betriebe und 12 943 beschäftigte Personen. In der Stellmacherei, Wagnerei, Radmacherei, in den Wagenbauanstalten (auch für Eisenbahnwagen und Postwagen) stieg die Zahl der Betriebe ganz unbedeutend von 5967 auf 6086, also genau um 99 Betriebe; dagegen wuchs die Zahl der beschäftigten Arbeiter in diesen Betrieben um 5377, nämlich von 13 849 auf 19 226. Bei den Korbmachern und Korbflechtern finden wir einen Rückgang der Betriebe von 5004 auf 4499, während die Zahl der beschäftigten Personen von 7814 auf 8691 stieg. Ähnliches finden wir in der Drechslerei, bei einem Sinken der Betriebe von 2351 auf 1925 ein Steigen der in ihnen beschäftigten Personen von 6813 auf 8293. Bei den Bürstenmachern, bei der Verfertigung von Pinseln und Federposen sehen wir ein Steigen der Zahl der Betriebe, aber ein rascheres Wachsen der in diesen Betrieben wirkenden Personen. Die Zahl der Betriebe stieg von 949 auf 1391, die Zahl der in ihnen tätigen Personen von 4691 auf 6791. In der Bautischlerei und Parkettfabrikation haben wir bloß die Zahlen für das Jahr 1907: 1218 Betriebe und 5572 in ihnen beschäftigte Arbeiter. Bei der Verfertigung von groben Holzwaren steht einer Verminderung der Betriebe fast eine Verdoppelung der in ihnen tätigen Personen gegenüber, 1895 zählte man 1067 Betriebe mit 2342 in ihnen beschäftigten Personen. 1907 bloß 915 Betriebe, aber 4183 beschäftigte Personen. Ein sehr starkes Weichen der Betriebszahl von 227 auf 151 sehen wir bei der Verfertigung von Meißtifen, während die Zahl der dabei beschäftigten Personen von 2813 auf 3474 answillt. Bei den Glasern stoßen wir merkwürdigerweise auf ein genaues Gleichbleiben der Betriebe, nämlich 1661, während die Zahl der beschäftigten Personen nicht erheblich gewachsen ist, nämlich von 2722 auf 2982. Für die Fabrikation von Spiegel- und Bilderrahmen haben wir wieder nur die Zahlen für das Jahr 1907: 206 Betriebe und 2719 in ihnen tätige Personen. Bei der Holz-zurichtung und Holzkonfervierung, ausgenommen die Sägemühlen, finden wir ein außerordentlich starkes Eingehen der Betriebe, den 619 des Jahres 1895 stehen nur noch 362 im Jahre 1907 gegenüber; dagegen ist aber die Zahl der beschäftigten Personen außerordentlich stark angewachsen, 1895 zählte man 1367, 1907 aber schon 2214. In der Flechtere, Weberei und Färberei von Holz, Stroh, Bast, Binsen usw. sehen wir einen sehr starken Rückgang der Betriebe, einen viel geringeren der tätigen Personen. Die Zahl der Betriebe sinkt von 794 auf 480, die der beschäftigten Personen nur von 1274 auf 1064. Bei der Stock-, Sonnen- und Regenschirmfabrikation haben wir einen Rückgang der Betriebe von 336 auf 253, dagegen ein langsames Steigen der beschäftigten Personen von 736 auf 765. In der Pianofortefabrikation einschließlich Orgelbau und Orchestrionfabrikation finden wir einen Rückgang der Betriebe von 117 auf 104, dagegen ein Steigen der beschäftigten Personen von 579 auf 765. Bei der Verfertigung von Spielwaren aus Holz, Horn und anderen Schnitzstoffen stieg die Zahl der Betriebe von 79 auf 106, die Zahl der tätigen Personen von 532 auf 726. Im Mühlenbau finden wir einen starken Rückgang der Betriebe von 356 auf 240, dagegen fast ein Gleichbleiben der Personenzahl, 640 im Jahre 1895, 630 im Jahre 1907. In der Korbschneiderei blieb die Zahl der Betriebe mit 9 die gleiche, dagegen wuchs die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 376 auf 612. In der Rammacherei fiel die Anzahl der Betriebe von 119 auf 53, während die Zahl der tätigen Personen von 502 auf 579 stieg. Bei der Verfertigung von Holzdraht, Holzstiften und Bündholzruten sehen wir ein Steigen der Betriebe von 66 auf 85 und ein Wachstum der beschäftigten Personen von 328 auf 394. Für die Holzkolladenfabrikation haben wir nur die Angaben für das Jahr 1907, 64 Betriebe mit 338 in ihnen tätigen Per-

sonen. Für die Gardinenstangen und Gardinenbretterfabrikation besitzen wir auch bloß die Angaben für das Jahr 1907, 145 Personen in 36 Betrieben. Beim Weigenbau sehen wir die Zahl der Betriebe von 109 auf 58, die Zahl der beschäftigten Personen von 133 auf 96 zurückgehen. In der Sargfabrikation haben wir nur die Zahlen für das Jahr 1907, 81 Personen in 27 Betrieben. In der Fieh- und Mundharmonikafabrikation stieg zwar die Zahl der Betriebe von 14 auf 20, die Zahl der beschäftigten Personen ging aber von 77 auf 75 zurück. Für die Billardfabrikation haben wir bloß die Zahl für das Jahr 1907, nämlich 8 beschäftigte Personen in drei Betrieben.

Jetzt können wir auf Grund all der Einzelangaben auch die ganze Gruppe der Tischlerei, wie sie im Jahre 1895 zusammengefaßt war und wie wir sie aus den Einzelangaben für das Jahr 1907 erst zusammenrechnen mußten, vergleichen. Wir haben da ein langsames Wachstum der Betriebe von 12 601 auf 13 370, dagegen ein viel rascheres Steigen der in ihnen tätigen Personen, nämlich 32 726 auf 41 274.

Wir sehen eine Abnahme der Betriebe bei den Korbmachern und Korbflechtern, in der Drechslerei und ihren Nebengewerben, in der Verfertigung von groben Holzwaren und Meißtifen, in der Holzzurichtung und Holzkonfervierung, in der Pianofortefabrikation und im Weigenbau, in der Flechtere, Weberei, Färberei von Holz und Stroh, in der Stock-, Sonnen- und Regenschirmfabrikation, bei den Rammachern, somit in einer ganz erheblichen Anzahl von Gewerbearten. Dagegen finden wir einen Rückgang der Zahl der beschäftigten Personen bloß bei der Flechtere, Weberei und Färberei von Holz, Stroh usw. und beim Weigenbau. Dabei muß freilich festgestellt werden, daß es sich bei den hier gemachten Angaben lediglich um die Hauptbetriebe dreht. Doch muß andererseits bemerkt werden, daß bei der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe die Nebenbetriebe, die zumeist aus einer Verbindung von Handwerk und Landwirtschaft, oder von Handwerk und Handel resultieren, keine erhebliche Rolle spielen; in den 11 Gewerbearten mit einer erheblichen Anzahl von Nebenbetrieben finden wir bloß aus unserer Gewerbegruppe die Korbmacherei mit 728 Nebenbetrieben. Was wir bisher auseinandergesetzt haben, ist ein im allgemeinen vollkommen zutreffender Nachweis der Konzentrationstendenz innerhalb unserer Industrie-gruppe.

Bedenkliche Gönner.

n. Es versteht sich, daß die Christlichen mit ihrem diesjährigen Gewerkschaftskongreß zufrieden sind. Die Deutschen sind ja, wie man weiß, überaus bescheiden. Sie sehen gleich den Himmel voller Geigen hängen, wo einem der ihrigen der Gändebund irgendeiner einflussreichen Person zuteil wird, und spendet gar irgendein Hochbeantworte ihren Bestrebungen ein freundlich Wort, erscheint gar ein Abgesandter des Ministers auf ihrem Kongresse, dann sehen sie verzückten Auges den Anbruch einer neuen Zeit voll sozialpolitischer Segens in aller nächster Nähe. So läßt sich das Verbandsblatt der christlichen Metallarbeiter in einem Artikel über den Kölner Kongreß der christlichen Gewerkschaften wie folgt vernehmen: „Die Teilnahme der Staatsregierung wie der lokalen Behörden an uns ist in Mainz dafür ein Zeichen, daß unsere christliche Gewerkschaftsbewegung bei diesen Kreisen über einen weitgehenden, jedenfalls größeren Einfluß verfügt, wie eine der anderen Richtungen unserer deutschen Gewerkschaftsbewegung. Hoffentlich wird dieser Einfluß auch in der Fortführung der staatlichen Sozialreform praktisch zum Ausdruck kommen. Die gesetzgebenden Faktoren werden die Stimme der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nicht ignorieren können, wenn sie das Wohl der Gesamtheit und des Staatswesens nicht beeinträchtigen wollen.“

Der Einfluß der christlichen Gewerkschaften, der weiter gehen soll, als der Einfluß der gesamten übrigen deutschen Arbeiterwelt! Wer lacht da nicht! Was haben denn die Christlichen bis heute erreicht, was haben sie denn vermocht über die Regierungen, damit diese die Forderungen der Arbeiter berücksichtigen? Wir finden nichts trotz allem Suchen. Die Regierung hat dem Reichstag voriges Jahr ein Reichsvereinsgesetz vorgelegt, das denn auch zur Verabschiedung gelangt ist — allerdings in einer Form, daß sogar das gesamte Zentrum, daß (mit Ausnahme des famosen Herrn Behrens) sämtliche christlichen Arbeitervertreter dagegen gestimmt haben. Und ist sonst noch die „Stimme der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ von der Regierung gehört worden? Wir wüßten nicht wo. Die Kritik, die der christliche Gewerkschaftskongreß in Köln an der Reichsversicherungsordnung geübt hat, beweist, wie weit die Wege der Regierung abgehen von dem, was selbst die bescheidenste Richtung der gegenwärtigen Arbeiterbewegung für richtig und notwendig hält. Lieber gar kein Gesetz als ein schlechtes Gesetz! — Das war die allgemeine Stimmung der in Köln versammelten Vertreter der christlichen Gewerkschaften gegenüber der Reichsversicherungsordnung. Wo also ist der „weitgehende Einfluß“ der Christlichen bei den „staatlichen Faktoren“, der angeblich über den der anderen Richtungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung hinausgeht?

Freilich, die Christlichen haben ein Interesse daran, ihrem Gesolge einen derartigen Einfluß vorzuspiegeln.

Ihr Mißerfolg bezüglich der Hoffnung, die sozialistischen Organisationen an Mitgliederzahl zu erreichen oder gar zu übertreffen, liegt zu offen auf der Hand, als daß sich daran noch denken und drehen ließe. So muß denn ein anderer Schwinkel herhalten, um dem Gesolge Respekt vor den Führern beizubringen: Der Schwinkel von dem großen Einfluß der christlichen Gewerkschaften auf Regierung und Parlament, wofür sie allerdings keinen anderen Beweis zu erbringen vermögen, als daß Vertreter von Behörden und bürgerlichen Parteien ihnen gelegentlich einige wohlwollende Worte widmen, die zu nichts verpflichten. So geschah es auch in Köln, wo von seiten der Regierungsvertreter väterliche Ermahnungen an die christlichen Gewerkschaften gerichtet wurden, immer hübsch in guter Gesinnung zu verharren und über dem Standesinteresse nicht die Gemeinwohl zu vergessen, d. h. nicht für die Arbeiter zu fordern, als es der herrschenden Klasse lieb ist. Zu lange sie vor allen Dingen ihre gute Gesinnung zu zeigen, daß sie ihr möglichstes tun in der Sozialdemokratie und der Bestrebungen, die die Arbeiterbewegung, ist ihnen ja auch in der Regierung und der Parteien sicher. Wo sie dazugehen sich heifälligen lassen, die Interessen ihrer Mitglieder, und sei es auch nur auf dem rein wirtschaftlichen Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wahrzunehmen, da ist es aus mit dem Wohlwollen, das ihnen bei festlichen Gelegenheiten so reichlich gesendet wird, da sieht man in ihnen ebenso unbequeme und unbeliebte Gesellen, wie in den Sozialdemokraten, und sie werden demgemäß behandelt — von der Regierung, von den Parteien, von den Unternehmern!

So schreiben ebenfalls aus Anlaß des christlichen Gewerkschaftskongresses in Köln die „Leipziger Neuesten Nachrichten“: „Es ist ein ganz besonderer Trugschluß aller der Herren, die sich außeramtlich oder amtlich in sozialpolitischer Arbeit nach dem Vorbild der Kathedersozialisten betätigen, daß sie glauben, man müsse bei dem christlichen Arbeiter, wenn er sich organisiert, um weiter zu kommen, andere Motive suchen, als bei dem sozialdemokratischen Arbeiter. Davon ist gar keine Rede. Wenn Gewerkschaften und Partei eins sind, so sind zwar christliche und gewerkschaftliche Organisationen durchaus nicht eins, aber die treibenden Agentien sind die gleichen. Und ob das schließlich ein Unglück wäre! Bei den Sozialdemokraten weiß man wenigstens genau, woran man ist, bei den anderen Organisationen weiß man nur, daß sie genau wie jene ihre Lage verbessern wollen, im übrigen ist man unklar über das, was sie wollen, und das viel besprochene Wort, die christlichen Gewerkschaften sind schlimmer als die sozialdemokratischen, hat, von diesem Standpunkt betrachtet, eine gewisse Berechtigung. Gines ist sicher, soll sich unser Kulturfortschritt nur noch im Wege der Ungleichung der Interessen- und Klassengegenätze durch wirtschaftliche Kämpfe vollziehen, dann ist es besser, man stellt die Grenzlinien genau ab, als daß man sie immer wieder verwischt.“

Das Leipziger Blatt versucht dann darzutun, daß sich die christlichen Gewerkschaften nicht den mindesten Zwang im Aufstellen weitgehender sozialpolitischer Forderungen auferlegen, wie sich das in Köln wieder einmal gezeigt habe: „Man betonte wiederholt die wirtschaftliche Solidarität, die Achtung vor der Bedeutung des privaten Unternehmertums, die richtige Einschätzung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit zueinander, und es war der Inhalt der sozialistischen Forderungen, der das besonders betonte, im übrigen brachte man aber alles als Eigenwünsche vor, was bei der Beratung der sogenannten großen Gewerbenobelle an extremen Forderungen aufgetaucht ist, ohne sich viel Kopfschütteln über die Durchführbarkeit zu machen. . . . Wie oberflächlich im allgemeinen verfahren wird, beweist die Behauptung eines der Redner, der Einwand gegen den Arbeiterlohn, daß er die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie dem Auslande gegenüber untergrabe, sei nicht stichhaltig, das beweise die Tatsache der glänzenden Entwicklung der deutschen Industrie, die ohne jeden Widerspruch hingenommen wurde. Es wird wahrlich an der Zeit, daß die Sozialpolitiker in allen Lagern ihre Weisheit tiefer gründen, sonst wird die Sozialpolitik und die Sozialreform allmählich zu Tode gerettet.“

Man sieht, worauf es dem Unternehmertum ankommt: Die Arbeiter haben sich genügen zu lassen an dem, was ihnen geboten wird; wo sie Forderungen aufstellen, da ist es aus mit der Gunst der Besitzenden und Regierenden, da gelten sie, ob sie sich nun christlich oder sozialdemokratisch nennen, alle gleich. Interessant ist in dieser Beziehung die Haltung der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“. In ihrer Nr. 29 verzieht sie die Ausführungen Stegerwalds über den Gegensatz der christlichen zur sozialistischen Arbeiterbewegung mit der wohlwollenden Bemerkung: „Diese Erkenntnis wird hoffentlich die christlichen Gewerkschaftler für alle Zeit davor schützen, daß gewisse sozialistische Vorstellungen sich auch in ihre Reihen einschleichen. Daß mit dieser Gefahr ernstlich gerechnet werden muß, wird niemand bestreiten, der die Gewerkschaftsbewegung der letzten Jahre aufmerksam verfolgt hat. Mögen sich aber die christlich gesinnten Arbeiter immer vor Augen halten, daß ihre und die sozialistische Weltanschauung durch einen tiefen Abgrund voneinander getrennt sind!“

In ihrer Nr. 30, wo die „Arbeitgeber-Zeitung“ die Ausführungen der „Leipziger Neuesten Nachrichten“

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
 - Zischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Ahrensburg (Egger), Altwasser i. Schl. (Schmidtgen), Amberg, Cella, Friedland in Schlesien (Friedländer Holzwarenfabrik), Heidelberg, Erford (Erforder Möbelindustrie), Rameu bei Dortmund, Ronix, Krefeld (Gompesch), Magdeburg, Muskau, Meise, Neuhäusen i. S. (Stuhlfabrik S. E. Seifert), Seynhausen (Droste u. Ottensmeier), Ratzenow, Schrobenshausen (Wimmer), St. Margarethen in Schleswig-Holstein (Alpen), Pfarthofen (Hohenthauer), Schweningen in Württemberg (Möbelfabrik Lauffer), Schwemmer a. Warthe, Segeberg, Sensburg, Zell-Schoppeheim, Meran in Tirol.
 - Schmiedern nach Eisleben (Wusch), Loix.
 - Drehlern nach Bodenem, Chemnitz (Rehbold jun.).
 - Polierern nach London.
 - Stellmachern nach Delmenhorst (Wagenfabrik), Meindendorf bei Berlin (Motowagenfabrik), Hamburg-Altona.
 - Mobeltischlern nach Rothenburg a. Saale (Pring Carlshütte).
 - Stemmachern nach Memscheid-Wieringhausen (J. D. Dominikus Söhne).

zitierten, bemerkt das Blatt in Antnüpfung an den letzten Satz: „In den Schlussworten ist zugleich ein Grundübel der Gegenwart berührt. Wohin soll schließlich dieses endlose Geschwätz über die soziale Frage führen, dieses Ge- rede von Leuten, die von der Sache selbst nicht die geringste Ahnung haben? Niemand würde es wagen, auch nur einen Stiefel herzustellen, ohne bei einem Schuhmacher in die Lehre gegangen zu sein. Aber zur Beurteilung und Entscheidung der schwierigsten sozialpolitischen Fragen glauben sich heutigen Tages Hinz und Kunz zu berufen.“

Das sind die Leute, die sich als die Freunde der christlichen Gewerkschaften hinstellen, so lange sie sie zur Bekämpfung der Sozialdemokratie benutzen zu können glauben, die sie aber sofort als Canaille behandeln, wenn sie sich erkühnen, eine eigene Meinung zu haben und im Namen der Arbeiter Forderungen zu stellen. Die Parteien und die Regierungen denken und handeln in dieser Beziehung nicht anders: sie schätzen die christlichen Gewerkschaften als Mittel zur Bekämpfung der Klassenbewußten Arbeiterbewegung und pfeifen auf sie, wo sie sich als Vertreter der Arbeiterinteressen betätigen. Darum sollten die Christlichen weniger stolz sein auf das Wohlwollen derartiger Gönner.

Die Genossenschaft als ein Mittel zur Erreichung wirtschaftlicher Macht.

Von einem in der Genossenschaftsbewegung tätigen Kollegen wird uns geschrieben:

W. N. Als eine Folge der heutigen Gesellschaftsordnung entstehen wirtschaftliche Depressionen, die in der Arbeiterschaft eine Verdrossenheit hervorrufen, welche die Latkraft der ganzen Arbeiterklasse schwächt. So mancher, der es mit der Arbeiterfrage ernst meint, sinnst darüber nach, wie Vertrauen und Hoffnung auf eine bessere Zukunft in der Arbeiterschaft erhalten und von neuem gestärkt werden könnte. Leider fühlt sich ein großer Teil der Arbeiter nach Mißerfolgen, die in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges nicht ausbleiben, enttäuscht, und weil sich viele der Schwierigkeiten des Befreiungskampfes nicht bewußt sind, ergeben sie sich einem hoffnungslosen Pessimismus.

Genosse Kautsky hat in seinem neuesten Werkchen „Der Weg zur Macht“ versucht, den Kampfesmut der Arbeiterklasse neu zu beleben. Wir wollen hier nicht untersuchen, wie weit das gelungen ist, doch will uns scheinen, als ob die Draufgänger, die eine baldige und mühelose Umwandlung der Wirtschaftsordnung erwarten, an der Schrift eine arge Enttäuschung erleben müssen. Kautsky hat durch eine gründliche Untersuchung all der Hindernisse, die auf dem Wege zur Macht noch zu überwinden sind, bei voller Klarheit die Schwierigkeit des proletarischen Befreiungskampfes aufgedeckt. Kein blindgläubiges Hoffen vermag diese Schrift auszulösen, und das ist gut so. Je mehr der Arbeiterschaft bewußt wird, daß die bessere Zukunft nicht von heute auf morgen, nicht von selbst kommt, sondern nur unter harten, langwierigen Kämpfen Schritt für Schritt erobert werden kann, um so mehr wird sich die Erkenntnis Bahn brechen, daß der Befreiungskampf nicht einseitig, etwa nur politisch, sondern auf der ganzen Linie mit allen verfügbaren Mitteln geführt werden muß. Leider ist diese Erkenntnis in einem großen Teil der Arbeiterschaft und ihrer Führer erst sehr schwach entwickelt. Wir müssen aber insbesondere von den Funktionären verlangen, daß sie in gleichem Maße für die politische und gewerkschaftliche wie auch für die genossenschaftliche Bewegung besorgt sind. Wir müssen ein Wand der

Solidarität um alle Teile der Arbeiterbewegung schlingen, und müssen einsehen, daß alles, was der einen Seite schadet, die ganze Bewegung schädigt. Es gibt noch immer sehr viele Arbeiter, die die wirtschaftliche Bewegung recht gering einschätzen und meinen, durch die politische Befreiung regeln sich alle andere von selbst. Daß dem nicht so ist, ließe sich an verschiedenen Beispielen anführen. Es sei hier nur auf die Schrift unseres alten Liebknecht: „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen“ hingewiesen. Darin wird überzeugend nachgewiesen, daß die politische Befreiung ohne die Beseitigung der kapitalistischen ökonomischen Zwangsherrschaft in der Lage der Arbeiter keine große Veränderung herbeiführen könne. Wenn dagegen erst einmal das kapitalistische Wirtschaftssystem durchbrochen sei, dann würde die Beseitigung politischer Unfreiheit eine ganz selbstverständliche Folge sein. Denn die herrschende Minderheit würde ihre Machtmittel verlieren, die ausschließlich in der heutigen Produktionsweise, in der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital ihre Wurzel habe. Und die ökonomische Unabhängigkeit würde die Masse des Volkes sehr bald in die Lage bringen, sich auch die politische Unabhängigkeit zu erkämpfen.“

Hier zeigt Liebknecht in ausgezeichnete Weise, daß die wirtschaftliche Bewegung mit ihren erfolgreichen Kämpfen die Quelle ist, aus der die Arbeiterschaft die Kraft und das Vertrauen schöpft, womit auch die politische Macht zu erringen ist. Deshalb legen auch unsere Gegner das Hauptgewicht darauf, der Arbeiterschaft die gewerkschaftlichen Erfolge unmöglich zu machen, weil sie ganz genau wissen, daß durch fortwährende wirtschaftliche Niederlagen eine Verdrossenheit in die Reihen der Arbeiter gebracht wird, die sie auch zu politischen Kämpfen unfähig macht.

Es wäre nun zu erwägen, ob Aussicht vorhanden ist, daß die Arbeiterschaft auf gewerkschaftlichem Gebiete so an Macht gewinnt, daß es ihr gelingt, das Unternehmertum dauernd mit Erfolg zu bekämpfen. Es hat den Anschein, als ob durch die wirtschaftliche Entwicklung die Kämpfe für die Gewerkschaften sich immer schwieriger gestalten müssen. Der natürliche Konzentrations- und Aufsaugungsprozess sorgt dafür, daß die Zahl der Unternehmer im Verhältnis zur Gesamtheit immer kleiner wird. Damit gestaltet sich aber auch die Organisationsmöglichkeit für die Arbeitgeber immer günstiger und die Kampffähigkeit der Unternehmerverbände wächst außerordentlich schnell. Der industriellen Arbeiterschaft dagegen strömen ständig große Massen unorganisierter Arbeiter zu, die eine große Gefahr für die Kämpfe und Erfolge der Gewerkschaften bilden. Dieser unerschöpfliche Zustrom neuer Arbeitskräfte macht vorerst den Gedanken an eine alle Arbeiter umfassende Organisation zur Unmöglichkeit, während die Unternehmer sich diesem Ziel immer mehr nähern. So ist in absehbarer Zeit nicht daran zu denken, durch den gewerkschaftlichen Kampf allein die Ausbeutung aus der Welt zu schaffen; wir müssen uns nach weiteren Kampfmitteln umsehen.

Ein sehr wichtiges Mittel für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse ist die Genossenschaftsbewegung. Sie bildet gewissermaßen eine Ergänzung der Gewerkschaftsbewegung, weil sie zu hindern sucht, daß errungene Lohnerhöhungen durch willkürliche Preisrückstellungen der Konsumartikel wieder illusorisch gemacht werden. Sie verbietet den unorganisierten Gewerkschaften den Verkauf ihrer Waren zu niedrigen, die Verkaufspreise der Waren mit einer mustergültigen Gleichmäßigkeit in die Höhe zu treiben. Aber ein Fall der Preisere tritt auch dann im Detailverkauf nicht ein, wenn wegen Überfüllung des Marktes im Großhandel ein Sinken der Preise stattfindet. Hier kann die Arbeiterschaft als gut organisierte Konsumentenmasse der willkürlichen Preistreiber einen Damm entgegensetzen.

Damit ist freilich die Bedeutung des Genossenschaftswesens noch lange nicht erschöpft, denn ihr Endzweck liegt in der genossenschaftlichen Regelung der Produktion. Zu Anfang der Genossenschaftsbewegung glaubte man, durch die Produktivgenossenschaften das kapitalistische System in seinen Grundfesten zu erschüttern. Nun hat aber die Erfahrung in allen Ländern gelehrt, daß die meisten Produktivgenossenschaften nach und nach zu Aktiengesellschaften und sonstigen Privatunternehmungen entarten. Sie bleiben nur dort bestehen, wo sie ihre Stütze in den Konsumvereinen haben. Nach Gantzkopf, „Die Produktivgenossenschaften in Deutschland“, wurden von 1850 bis 1893 322 Produktivgenossenschaften gegründet; davon bestanden 1893 nur noch 109. Also zwei Drittel waren eingegangen. Davon lösten sich 148 auf, 46 gaben die genossenschaftliche Form auf und 19 gerieten in Konkurs. Diese ungünstige Entwicklung beweist, daß die bisherige Art der Produktivgenossenschaften für die Bekämpfung der kapitalistischen Produktionsweise ernstlich nicht in Betracht kommen konnte; doch wäre es verfehlt, daraus den Produktivgenossenschaften für ewige Zeiten die Existenzmöglichkeit zu bestreiten. Diese Entwicklung lehrt nur, daß die Produktion nicht genossenschaftlich betrieben werden kann, bevor nicht durch die Organisation des Konsums eine sichere Grundlage geschaffen wird. Es gibt eben keinen anderen Weg als den, die ganze Macht als Käufer auszunutzen, dann ergibt sich die Produktion von selbst. Wir haben hier in Deutschland ein so mustergültig organisiertes Genossenschaftswesen, daß technisch gar keine Bedenken vorliegen, die uns hindern könnten, jederzeit die Herstellung fast

aller Waren, die die Arbeiterschaft gebraucht, vorzunehmen. Alle Artikel, wofür die Mitgliedschaft eines Vereins ein genügendes Absatzgebiet garantiert, wie zum Beispiel Mehl, Brot sowie Fleischwaren, kann ein größerer Verein selbst produzieren. Verschiedene andere Waren, die ein größeres Absatzgebiet bedingen, werden von der Großeinkaufsgesellschaft hergestellt, um sie an die einzelnen Vereine — heute schon 1068 mit 975 605 Mitgliedern — abzugeben. Die Großeinkaufsgesellschaft, als die Krönung des ganzen Genossenschaftswesens, ist als Zentralinstanz die Vermittlerin fast aller Waren, die in den einzelnen Vereinen gebraucht werden. Dadurch ist es ihr auch möglich, sofort zu überschauen, wann der Umsatz einer Ware so hoch gestiegen ist, daß sie in Eigenproduktion übernommen werden kann.

Leider ist die Eigenproduktion bei den deutschen Genossenschaften noch sehr gering; von 362 Millionen Mark Umsatz wurde nur für 30 Millionen Mark in Eigenbetrieben hergestellt. Man muß dabei jedoch berücksichtigen, daß bei uns der Genossenschaftsgedanke erst in der Entwicklung begriffen ist, und daß in dem Maße, wie der genossenschaftliche Geist Gemeingut der Arbeiterschaft wird, auch die bisher noch vorhandenen Mängel gemildert und schließlich verschwinden werden. Daß die Genossenschaften sich jetzt in den Bahnen einer gesunden Entwicklung bewegen, ist dadurch bewiesen, daß trotz der verheerenden Krise im letzten Jahre die Mitgliederzahl noch um 100 000 gestiegen ist. Auch im allgemeinen geht es unausgesetzt vorwärts. Immer mehr wirken die Genossenschaften bahnbrechend gerade in den Gewerben, die heute noch oft recht mittelalterlich betrieben werden und deren Arbeiter und Angestellte auf der tiefsten sozialen Stufe stehen. Wir sehen, daß sogar in Berlin, wo nach der pessimistischen Ansicht vieler Nurpolitiker gar kein Boden für die Genossenschaftsbewegung vorhanden sein soll, demnächst ein großes Zentrallager, eine technisch vollkommene Bäckerei und eine Anzahl Wohnhäuser von den Genossenschaften errichtet werden. Auch die Großeinkaufsgesellschaft hat schon mit dem Bau einer großen Seifenfabrik begonnen, die am Anfang nächsten Jahres den Betrieb eröffnet. Nur immer so weiter und wir kommen auch bald zur Herstellung von Schuhen, Kleidern, Möbeln usw. Die Hamburger und viele andere Genossenschaften haben schon einen guten Anfang auch mit letzteren Gegenständen gemacht.

Die Arbeiterschaft muß zu der Einsicht kommen, daß sie ihre Macht nach dieser Richtung ausnützen kann. Der Arbeiter denkt in der Regel nicht daran, welches gewaltige Machtmittel er in seinen Händen hat, wenn er den am Wochenschluß erhaltenen Lohn in seinem Interesse durch Einkauf bei der Genossenschaft verwendet. Man kann es geradezu einen Leichtsinne nennen, wenn der einmal so schwer verdiente Lohn ohne jede Ueberlegung wieder zum Händler getragen wird und so wieder in die Hände des Arbeitgebers gelangt, um nachher wiederum als Lohn ausbezahlt zu werden. Und dieser Kreislauf vollzieht sich unausgesetzt, und immer wieder bleibt ein erheblicher Teil als Profit hängen. Die Arbeiterschaft sollte doch endlich einsehen, daß, wenn wir von jedem Wochenschluss nur eine verhältnismäßig kleine Summe dem gemeinsamen Besitz der Genossenschaft durch den Wareneinkauf zuführen, dann schon in einem Jahre ganz riesige Summen dem Privatkapital entzogen würden. Und wenn mit der zunehmenden Größe der Genossenschaften immer mehr zur Eigenproduktion übergehen, so werden sie im wirtschaftlichen Leben ein Faktor sein, der von entscheidender Bedeutung für die ganze zukünftige Entwicklung ist. Die Genossenschaftsbewegung bietet die Möglichkeit, die Grundlagen der zukünftigen Produktion schon in der heutigen Gesellschaft zu schaffen. Daran mitzuarbeiten muß Pflicht eines jeden Massenbewußten und ernst denkenden Arbeiters sein.

Soziales.

Bewirkt der Schutz Zoll eine Steigerung der Löhne?

Man wird sich erinnern, daß in der Zeit der Kämpfe um den Zolltarif von den Freunden der hohen Zölle öfters mit dem Argument operiert wurde, daß die Steigerung der Zölle auch eine Erhöhung der Arbeiterlöhne zur Folge haben würde. Insbesondere waren es die agrarischen Junker, die nicht müde wurden zu beteuern, daß sie den Landarbeitern gern höhere Löhne zahlen würden, wenn sie erst ihr eigenes Einkommen durch die Wirkung der Zölle gesteigert hätten. Man hat diese Beteuerungen niemals ernst genommen, und sie waren ja auch wirklich nicht ernst gemeint. Zum Ueberflus haben auch die Tatsachen erwiesen, daß die Agrarier an eine wirksame Steigerung der Lage ihrer Arbeiter gar nicht denken. Seit einer ganzen Reihe von Jahren sind die hohen Agrarzölle in Kraft, aber von einer Steigerung der Landarbeiterlöhne hat man nichts gehört, trotzdem die Preise der Lebensbedürfnisse seither eine ganz exorbitante Erhöhung erfahren haben.

Jetzt kommt die hochkonservative „Kreuz-Zeitung“ und überrascht die Welt mit der Entdeckung, daß die Schutzzölle tatsächlich eine Steigerung der Löhne zur Folge gehabt haben. Zum Beweis führt sie uns nicht etwa, was ja für dieses Krautjunkerblatt ganz besonders nahegelegen hätte, Landarbeiterlöhne vor; mit solchen wäre auch kein Staat zu machen. Sie beruft sich auf die Löhne der Berliner Arbeiter und führt aus den Tarifverträgen, die in den Jahresberichten des Veltenskollegiums der Berliner

Raufmannschaft abgedruckt sind, die Löhne an, die in einer Reihe von Berufen in Berlin gezahlt werden. Es sei gern zugegeben, daß die Löhne der Berliner Arbeiter, wenn man sie mit den an vielen anderen Orten gezahlten Löhnen vergleicht, ziemlich hoch erscheinen, obwohl auch hier noch recht bescheidene Löhne vorkommen. Es geht aber nicht an, das Einkommen des Berliner Arbeiters einfach mit dem eines Arbeiters in einer beliebigen Kleinstadt oder gar mit dem Lohn eines ostelbischen Gutsarbeiters zu vergleichen und daraus den Schluß zu ziehen, daß sich die Arbeiter in Berlin in einer glänzenden Lage befinden. Die absolute Lohnhöhe ist eben kein richtiger Maßstab, man muß, wenn man Vergleiche anstellen will, auch die Kosten der Lebenshaltung in Betracht ziehen. Wenn man das tut, dann wird man finden, daß die Berliner Löhne keineswegs übermäßig hoch sind.

Es fällt den sozialdemokratischen Organen gar nicht ein, was die „Kreuz-Zeitung“ ihnen nachsagt, die Tatsache zu unterdrücken, daß die Löhne im Laufe der Hochkonjunktur gestiegen sind. Und daß sie seit dem Eintritt des Niederganges zurückgegangen sind, gibt sogar das Junkerorgan zu, wenn es auch sagt, der Rückgang sei nur unmerklich erfolgt. Grundsätzlich ist es jedoch, wenn die „Kreuz-Zeitung“ aus den in den Tarifen festgesetzten Löhnen den Schluß zieht, daß nur sozialdemokratische Behauptung behaupten könne, daß die Lebenshaltung der Arbeiter gesunken sei. Mit dem sozialpolitischen Verständnis des feudalen Blattes ist es ja nie weit her gewesen, aber es bedarf wirklich keiner besonderen Studien, um zu erkennen, daß die absolute Lohnhöhe, für sich allein betrachtet, noch keinen Schluß auf die Lebenshaltung. Es müssen hierzu noch einige andere Momente in Betracht gezogen werden. Auf die hohen Preise der Lebensbedürfnisse haben wir bereits hingewiesen. Sehr wichtig ist aber auch die Frage, ob jeder Arbeiter die Möglichkeit hat, die für seinen Beruf festgesetzten Löhne auch zu verdienen. Sollte die „Kreuz-Zeitung“ noch gar nichts von der riesigen Arbeitslosigkeit gehört haben, die gerade in Berlin einen außerordentlichen Umfang angenommen hat? Der Berliner Arbeiter kann nur für einen Teil des Jahres auf Verdienst rechnen. Stellt man die vielen Wochen, ja Monate mit in Rechnung, die ein großer Teil der Berliner Arbeiter das Jahr über arbeitslos zubringen muß, dann erscheinen die hohen Tariflöhne in einem ganz anderen Lichte.

Und dann kommt noch ein sehr wichtiges Moment in Betracht. Geseht den Fall, die Mehrzahl der Arbeiter wäre von der Arbeitslosigkeit nicht oder nur wenig betroffen worden, ihre Lebenshaltung hätte sich wirklich gehoben, will man daraus die Verpflichtung herleiten, daß sie nun zufrieden und dankbar zu ihren „Brotgebern“ aufblicken sollen? Es sei ruhig zugegeben, daß die Arbeiter im großen und ganzen heute besser leben als vor 20 und 30 Jahren. Kräftig aber nicht das gleiche auch für die bestehenden Klassen zu? Und wenn man Vergleiche anstellt zwischen der Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter und der der bestehenden Klassen, dann fällt ein solcher Vergleich sehr zuungunsten der Arbeiter aus. Man braucht nur den raffinierten Luxus zu betrachten, mit welchem sich die Besitzenden umgeben, um sich darüber klar zu werden, daß die Arbeiter durchaus keinen Grund haben, mit dem Erreichten zufrieden zu sein. Trotz der Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter ist der Unterschied zwischen ihrer Lebenshaltung und der der Besitzenden bedeutend größer geworden. Der Arbeiter muß immer noch nicht nur auf viele Dinge verzichten, die das Leben schön und angenehm machen; oft genug reicht sein Einkommen, trotz der eingetretenen Steigerung nicht aus, die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Von einem Abflauen des Kampfes zur Erhöhung unseres Einkommens, zur Steigerung unserer Lebenshaltung kann also durchaus keine Rede sein.

Um auf den Ausgangspunkt dieser Betrachtung zurückzukommen, sei noch kurz die Frage erörtert, welchen Einfluß der Schutz Zoll auf die Löhne der Arbeiter hat. Die „Kreuz-Zeitung“ bringt die hohen Tariflöhne in Berlin in Zusammenhang mit der Herrschaft des Schutzzoll und sagt zum Schluß ihres Artikels: „Unter der nachhaltigen Krise (nach der Gründerperiode) infolge des Freihandels litten damals alle Erwerbskreise, auch die Arbeiter, die sich empfindliche Lohnherabsetzungen gefallen lassen mußten, bis die schutzöllnerische Politik unter Bismarcks Führung günstiger und stetiger Verhältnisse brachte.“ Für die Arbeiter wird die Entscheidung, daß die Schutzzölle ihre Lage günstig beeinflussen haben, neu sein. Tatsächlich haben wir den Schutzzöllen nur teure Lebensmittelpreise zu danken, die zwar für die Agrarier recht angenehm sind, von den Arbeitern jedoch schmerzhaft empfunden werden. Nicht infolge der Schutzzölle, sondern trotz derselben, sind die Löhne gestiegen und die Steigerung hält gleichen Schritt mit dem Wachstum und dem Einfluß der Gewerkschaften. Der Arbeiter wäre übel beraten, der aus der Tatsache, daß unter der Herrschaft der Schutzzölle sein Lohn gestiegen ist, den Schluß ziehen wollte, daß er sich für solche Zölle begeistern müßte. Der „Schutz“ zoll schützt nicht die Arbeiter, sondern seine ärgsten Feinde, die ihm mit dessen Hilfe seinen notwendigsten Lebensunterhalt in unerträglichem Maße verteuern. Unser einziger Schutz ist die Organisation; nur mit Hilfe des Verbandes können wir unsere Lebenshaltung auf eine leidliche Höhe bringen.

Bierboikott. Der von den Brauereien und Wirten unternommene Versuch, die Erhöhung der Biersteuer zum Vorwand für eine gewaltige Steigerung des Bierpreises zu nehmen, findet im Publikum immer stärkeren Widerspruch. Man würde sich schließlich damit abfinden, daß das Bier infolge der Steuererhöhung teurer wird, wenn diese Preiserhöhung im Rahmen der durch die erhöhten Produktionskosten bedingten Grenzen bliebe. Aber die ohnehin meist recht gut rentierenden Brauereien wollen die Gelegenheit benützen, einen großartigen Extraprofit einzustreichen, und die Wirte sind bemüht ihrem Beispiel zu folgen. Die Empörung darüber macht sich zunächst in Sachsen und den Thüringischen Staaten kräftig Luft: In Dresden hat der Boikott bereits eingesetzt und fast in allen Thüringischen Städten protestieren überaus stark besuchte Volksversammlungen gegen die Bierpreiserhöhung. In der Regel erklären sich die Versammlungen bereit, die höheren Bierpreise zu bezahlen, aber nur so weit, als die Biersteuer selbst sie rechtfertigt. Diese Bewegung geht nicht nur von Arbeiterkreisen, sondern auch vom übrigen Publikum aus. Die gefaßten Beschlüsse gehen meist dahin, kein Bier zu trinken, das teurer wird, als es in der Steuer begründet ist. Ob diese Boikottbewegung Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. Die Brauereien sind zum größten Teil so eng miteinander verbündet, daß es eines scharfen Druckes bedürfen wird, um sie zu bewegen, von ihren Plänen Abstand zu nehmen.

Der Gesetzentwurf zur Reichsversicherungsordnung ist, wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, von den zuständigen Bundesratsausschüssen durchberaten und in seinen grundlegenden Bestimmungen angenommen worden. Dagegen hat er in Einzelheiten zum Teil tief eingreifende Änderungen erfahren, so daß ein besonderer Redaktionsauschuß niedergesetzt ist, der die gefaßten Beschlüsse in das Gesetz hineinarbeiten soll. Wenn dieser Auschuß seine Tätigkeit auch erst nach den Ferien, Mitte September, aufnehmen wird und dann den Landesregierungen Zeit gelassen werden muß, um zu dem abgeänderten Entwurf Stellung zu nehmen, so darf doch mit Wahrscheinlichkeit darauf gerechnet werden, daß der Gesetzentwurf dem Reichstage, wenn nicht sofort beim Zusammentritt, so doch bald nachher vorgelegt werden kann.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Die in Nr. 25 ausgeschriebene Stelle eines Redakteurs der „Solzarbeiter-Zeitung“ und gleichzeitigen Redakteurs des „Sachblattes für Solzarbeiter“ ist durch gemeinsame Wahl des Vorstandes und Ausschusses dem seitherigen Hilfsarbeiter im Verbandsbureau, Kollegen Franz Rißner in Berlin, übertragen worden. Mit der Leitung des Blattes an Stelle des verstorbenen Kollegen Deinhardt ist der seitherige Redakteur der „Solzarbeiter-Zeitung“, Kollege Michael Kayser, betraut worden. Wir bitten die Bewerber, hieron auf diesem Wege Kenntnis zu nehmen.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 34. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

Der Zahlstelle Arnswalde wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 15. August d. J. einen Lokalbeitrag von 5 Pf. pro Woche neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Wir haben in voriger Nummer im Anschluß an den Aufruf der Generalkommission zur Unterstützung der Arbeiter und des allgemeinen Streiks der Gewerkschaften Schwedens die Zahlstellen aufgefordert, zwecks schneller Hilfeleistung aus den in den Lokalkassen vorhandenen Mitteln einen angemessenen Betrag zu bewilligen und diese Gelder, wie in früheren Fällen, an die Adresse unseres Hauptkassierers zur Weiterbeförderung einzusenden. Darauf sind bereits folgende Beträge von den angegebenen Zahlstellen eingekassiert worden, welche hiermit öffentlich quittiert werden:

- Güstrow 30,—, Parchim 30,—, Schönberg i. Mecklg. 10,—, Jauer 16,—, Oppeln 5,—, Oranienburg 10,—, Sommerfeld 5,—, Sorau 30,—, Wriezen a. O. 19,—, Cunnersdorf i. Sachsen 75,—, Großschönau 20,—, Radeburg 15,—, Gilsenburg 100,—, Freiburg i. S. 45,—, Weida 5,—, Frankenhäuser 50,—, Gotha 100,—, Naumburg 30,—, Saalfeld 10,—, Weimar 100,—, Halle a. S. 300,—, Dannenberg 12,—, Marne 20,—, Neumünster 100,—, Winsen 20,—, Wielefeld 200,—, Lage 25,—, Deynhäuser 50,—, Nellen 100,—, Wald 50,—, Ganau 30,—, München 1000,—, Wiberach 15,—, Wittigheim 25,—, Einzelmitglieder aus Osterburg 820 Mk. In Summa 2660,20 Mk.

Wir bitten dringend um weitere Sendungen.

An die reisenden Mitglieder müssen wir das Ersuchen richten, bei Ankunft in einer Zahlstelle nicht in die Wohnung des Bevollmächtigten, sondern zur Herberge zu gehen und aus dem daselbst aushängenden Verbandsplakat die Adresse des Auszahlers der Reiseunterstützung sowie dessen Sprechzeit zu entnehmen. Die Klagen der Bevollmächtigten, daß sie durch den Zulauf der Reisenden sowohl beim Hauswirt als beim Arbeitgeber geschädigt würden, mehren sich derart, daß wir die reisenden Mitglieder dringend bitten müssen, obige Vorschrift in Zukunft strikte zu befolgen.

Aus dem Verbandsausgeschlossen wurden wegen Streikbruchs auf Antrag der Zahlstelle Berlin die Arbeiter Franz Hoffmann, August Reimel, Emil Luther, Robert Weise; von Gelsenkirchen der Tischler Heinrich Schmäuer; von Muskau

die Tischler Wilhelm Krause und Fritz Wallat; von Straßund der Tischler Karl Gucki; wegen Unterschlagung auf Antrag von Oberfeld-Warmen der Drechsler Peter Müller; wegen Diebstahls auf Antrag von Leutkirch der Tischler Georg Hofmann; wegen Fälschung von Unterschriften in der Zahlstelle Treuenbriezen der Tischler Otto Menger; wegen Betrugsversuchs durch Ableben falscher Marken auf Antrag von Berlin der Tischler Paul Hegener und der Stellmacher Paul Mehner-Jauer; wegen Denunziation auf Antrag von Schweningen der Drechsler Karl Rohle; wegen unkollegialen Verhaltens auf Antrag von Frankfurt a. M. der Kassetleger Theodor Eichinger; von Leipzig der Modelltischler Otto Brade.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
 165699 Gottfried Knapper, Tischler, geb. 10. 7. 85 zu Engweilingen.
 214390 Johann Georg Spröb, Tischler, geb. 26. 12. 61 zu Töpen.
 284187 Albert Armbruster, Tischler, geb. 3. 4. 87 zu Lauterbach.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Berlin. (Korbmacher.) In letzter Zeit haben die Geschöftskörbe das Interesse der Kollegen vollständig in Anspruch genommen, es ist aber angebracht, auch einmal etwas von der Gestellarbeit hören zu lassen. Dadurch, daß das Reddigrohr zur Gestellarbeit immer mehr zur Geltung kommt, hat auch das Korbmöbel mehr und mehr Eingang beim Publikum gefunden. In letzter Zeit haben sich auch verschiedene Künstler gefunden, welche sehr schöne Entwürfe für Korbmöbel herorgebracht haben. Es hat den Anschein, als wenn die Korbmöbel, die bisher meist Luxusartikel waren, allmählich Gebrauchsgegenstände würden. Das wäre im Interesse der Kollegen nur zu wünschen, da die geschlagene Branche durch die Konkurrenz vom Ausland immer mehr zurückgeht. Um die Gestellarbeit aber nicht auch auf das Niveau herabkommen zu lassen, auf dem die Korbmacherei im allgemeinen steht, ist es an der Zeit, daß die Kollegen die Augen offen halten und sich ihre Lage etwas mehr zu Herzen nehmen. Ein Tarif besteht für die Gestellarbeit nicht, ein solcher ist auch bei dem besten Willen nicht durchführbar. Das liegt daran, daß fast alle Tage neue Muster gemacht werden. Da zum Mustermachen die größten Wähler herangezogen werden, so ist der Lohn der Arbeit nicht immer entsprechend. Daraus erklärt sich auch die Verschiedenheit der Löhne. Denn bei keiner Arbeit gibt es so verschiedenartige Löhne wie bei der Gestellarbeit. Diese Verschiedenheit ist aber nicht nur unter den Städten zu finden. Nein, auch am gleichen Ort sind die Löhne und Arbeitsverhältnisse sehr verschieden. Als Beispiel sei Berlin angeführt. In der Werkstelle von Heinemann besteht ein Minimalstundenlohn von 60 Pf. Die Muster werden bei 70 Pf. Stundenlohn angefertigt. Dann wird der Arbeitslohn in 60 Pf. umgerechnet, und das ist dann der bestehende Akkordpreis. Auch sind die Arbeitsverhältnisse im allgemeinen in diesem Betrieb geregelt. Im vorigen Jahr schickte die Firma drei Mann bei vollem Lohn auf acht Tage in die Ferien. In diesem Jahre ist die Zahl auf 7 erhöht worden. Es sollen auf Verprechen des Herrn Heinemann jeder, der 3 Jahre im Betrieb beschäftigt ist, eine Woche Ferien bekommen bei Fortbezahlung des Lohnes. Das direkte Gegenstück hierzu ist wohl die bekannte Werkstelle von Franke, in ganz Düsseldorf die Kunstschiffbau bekannt. Herr Franke hat oft Vorworte, welche Gestellarbeit lernen wollen. Es finden sich auch immer Kollegen, welche der Meinung sind, dadurch etwas mehr verdienen zu können. Wie enttäuscht sind sie aber, wenn sie dann mit 14—24 Mk. nach Hause gehen müssen. Denn dies ist bei der Firma Franke keine Seltenheit. Viele der Kollegen haben auch noch keine Gestellarbeit machen sehen. Hier müssen sie gleich die erste Woche im Akkord arbeiten. Da diese Kollegen nichts von der Arbeit verstehen, so kann ihnen Herr Franke jeden Lohn bieten. Die Kollegen sind mit dem Gebotenen zufrieden, denn sie wollen ja etwas lernen. Den Kollegen anderer Werkstellen werden die bei Franke gezahlten Löhne vorgehalten. Die Unternehmer wissen aber nicht, daß dies nur Behringlöhne sind. In der Werkstatt selbst prahlt Herr Franke, daß er die höchsten Löhne von Berlin zahlt. Er sieht es aber nicht gern, wenn seine Leute mit anderen Kollegen sprechen. Er ist der Meinung, daß es dadurch Stänkerei gibt. Doch auf die Dauer lassen sich die dort Beschäftigten nicht in ihre Privatangelegenheiten hineinreden. Das ist nur ein Beispiel, wie verschieden die Verhältnisse schon in einer Stadt sind. In anderen Städten mag es wohl noch viel schlechter sein. Es wäre an der Zeit, daß sich die Kollegen etwas mehr mit der Lage der Gestellarbeiter beschäftigen.

Beuel bei Bonn. Der Herr im Hause, will Herr Hartmann, der Betriebsleiter der Puffgemerischen Holzindustrie in Beuel, sein. Als das neue Werk hier gegründet wurde, wurden die in dem alten Werk in Düsseldorf arbeitenden Schreiner zur Ueberfiedlung hierher überredet und ihnen dieselben Arbeitsverhältnisse, wie sie in Düsseldorf bestanden, versprochen. Hier angekommen, wurde ihnen aber von Herrn Hartmann, statt wie in Düsseldorf 66 Pf. ein Akkord-Stundenabschlag von nur 50 Pf. dekretiert. Die Akkordpreise werden einseitig, ohne jede Mitbestimmung der Arbeiter oder auch nur von Fachleuten, von dem Nichtfachmann Hartmann festgesetzt, und zwar zu niedrig, und eine Belehrung darüber läßt sich der Herr nicht gefallen. So wurden schon Akkorde, die in Düsseldorf für 165 Mk. ausgeführt wurden, von Herrn Hartmann auf 100 Mk. heruntergesetzt. Wenn ein Schreiner an einer ihm so übertragenen Arbeit einige Zeit gearbeitet hat und sein erhaltener Abschlagslohn fast die Höhe des dekretierten Akkordpreises beträgt, die Arbeit aber längst noch nicht fertig ist, so bleibt ihm nichts übrig, als aufzu-

hören, will er nicht eine Zeitlang umsonst arbeiten, denn ihm wird von dem Herrn Betriebsleiter nichts mehr zu dem bestimmten Affordpreise hinzugelegt. So kommt es, daß die von Düsseldorf hierher gekommenen Schreiner, zum größten Teil Familienbater, bald auf der Straße liegen und die Fabrik ein wahrer Taubenschlag geworden ist. Dabei kann man nicht einmal sagen, daß das Vorgehen Hartmanns im Interesse des Wertes oder seiner Aktionäre liegt; denn die verlassenen Arbeiter müssen doch fertiggestellt werden, und dadurch, daß hinterher andere Arbeiter sie übernehmen, die sich erst einarbeiten müssen, werden sie noch bedeutend teurer, als wenn gleich von vorher ein anständiger Preis dafür vereinbart worden wäre. Es ist eben nur der Machtstandpunkt, dem der Herr Hartmann, der übrigens auch in Köln-Chrenfeld in der Telephonzellenfabrik nicht unbekannt ist, frönt. Da Hartmann fortwährend tüchtige Schreiner sucht, sei hiermit gewarnt.

Einber. Die Verhältnisse der hiesigen Kollegen sind nichts weniger als rosig. Löhne von 28 Pf. sind keine Seltenheit. Trotzdem ziehen es viele Kollegen vor, sich an den Klimbimbereinen zu beteiligen, statt unsere Versammlungen zu besuchen. Sehr bedauerlich sind auch die persönlichen Mißbilligkeiten. Diese Mißbilligkeiten müssen ein Ende nehmen. Möge es sich jeder zur Aufgabe machen, am Verbandsleben teilzunehmen und für unsere Organisation zu agitieren, damit wir auch einmal in die Lage kommen, uns bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Wir bemerken noch, daß das Umschauen hier verboten ist. Auskunft erteilt die Lokalverwaltung.

Günichen. Immer und immer wieder müssen wir uns mit der Firma W. Ludwig von hier beschäftigen. Dieselbe sucht seit längerer Zeit in auswärtigen Zeitungen Tischler auf Grammophonkasten, und hat doch für die zurzeit Beschäftigten nicht genügend Arbeit, indem dieselben stets auf die Maschinenarbeit warten müssen. Obendrein versucht die Firma, die vor längerer Zeit zurückgewiesene Teilarbeit wieder einzuführen. Wenn sich ein Kollege dagegen wehrt, oder er verlangt gar eine Zulage, um nur einigermaßen auf sein Geld zu kommen, so heißt es kurz: „Suchen Sie sich eine andere Stelle; in 14 Tagen ist Schluß.“ Diese Erfahrung mußte erst vorige Woche wieder ein Kollege machen, als er zum drittenmal deshalb die Arbeit verweigerte. Nun wird die Arbeit in Stundenlohn gemacht, und es geht auch. Wir möchten Herrn Ludwig sowie seinem Buchhalter, Herrn Sehmlich, raten, die Saiten nicht zu straff zu spannen. An die auswärtigen Kollegen müssen wir das Ersuchen richten, sich erst bei der Ortsverwaltung zu erkundigen, ehe sie bei der Firma in Arbeit treten.

Kattowitz. Die am 5. August abgehaltene Mitgliederversammlung war ziemlich gut besucht. Nach Erstattung des Quartalsberichts, wurde über das Ergebnis der Werkstattinspektionen berichtet. Aufnahmen wurden 13 gemacht. Was die Bezahlung anlangt, wurde konstatiert, daß der Tarif öfters ungenutzt wird; auch die Behandlung läßt in manchen Werkstätten zu wünschen übrig. Es liegt jetzt an den Kollegen, den Tarif richtig zur Durchführung zu bringen, damit wir den kommenden Dingen getroßt entgegen sehen können. Ein Schreiben, welches die Firma Vereinigte Hohlwerke Königshütte, Filiale Domb, an die Firma Tebel u. Co., Kattowitz richtete, betreffs einiger Kollegen, wurde verlesen und von sämtlichen Kollegen scharf kritisiert. Die Verwaltung wurde aufgefordert, in der Sache geeignete Schritte zu unternehmen.

Leipzig. (Drechsler.) Am 6. August sprach Kollege Böking in einer Versammlung der Drechsler aller Branchen über: „Die wirtschaftliche Lage im Drechslergewerbe“. Er führte den Mückgang des Handwerks und der allgemeinen Wirtschaftslage auf die Ursachen zurück, die schon auf der Drechslerkonferenz 1907 in Leipzig eingehend behandelt worden sind. An den Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion, in welcher auch auf die sehr mangelhaften Organisationsverhältnisse der Gummidrechsler hingewiesen wurde. Eine lebhafteste Diskussion erregte folgende Resolution, die schließlich mit 15 gegen 11 Stimmen angenommen wurde: „Die am 6. August in Leipzig tagende Drechslerversammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht über das indolente Verhalten der Vertrauensleute der Drechsler, und bedauert aufs tiefste, daß durch dieses Verhalten eines großen Teiles der Vertrauensleute der Drechsler Deutschlands die Arbeiten der Zentralkommission den auf der Konferenz 1907 gehegten Erwartungen nicht entsprechen kann. In Anbetracht dessen werden die Leipziger Drechsler es künftig ablehnen müssen, die Mandate der Zentralkommission wieder neu zu befehlen, falls die jeweiligen Vertrauensleute der Drechsler Deutschlands ihr Verhalten nicht ändern.“ Dann beschäftigte sich die Versammlung mit dem Chef der Firma Ehrhardt, der größten Firma der Holzbranche am Orte. Der Herr versteht es in allen Tonarten, zugereisten Kollegen eine gesicherte Existenz in seinem Betrieb vorzumalen. Dabei ist der Tarifbruch bei ihm an der Tagesordnung. Auswärtige Drechsler sind mit 35 Pf. Stundenlohn eingestellt worden. Wenn sich die Kollegen über die Zustände bei ihm beschwerten, verspricht er allen Wünschen nachzukommen. Gehalten werden die Versprechungen aber nicht, und bei der nächsten Gelegenheit dürfen die Unzufriedenen ihre Strafe ziehen. Die Drechsler, welche Leipzig auf ihrer Reise berühren, werden sich im eigenen Interesse diese Firma merken und sie möglichst meiden, damit die Leipziger Kollegen diesen elenden Zuständen ein Ende machen können.

Priebus. Unsere Zahlstelle, welche im letzten Winter fast nur aus arbeitslosen Mitgliedern bestand, fängt an sich wieder zu heben. Doch sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch lange keine rosigen zu nennen. Hier ist noch viel Arbeit nötig, die Zahlstelle so zu gestalten, wie sie früher war. Sind doch annähernd 100 Holzarbeiter am Orte, während die Zahl der bei uns Organisierten, einschließlich der Kollegen außerhalb, nur 50 beträgt. Bei der Firma D. F. Schulze, welche uns beim Streik 1905 verloren ging, hat im Laufe der drei Jahre eine ziemliche Beschäftigung Platz gegriffen. Es arbeiten dort Girsche-Dundersche, Christliche, auch Unorganisierte und vier Kollegen von uns. Wo es hinliefert, seinen Kollegen und der Organisation in den Rücken zu fallen, haben die dort

beschäftigten Holzarbeiter am eigenen Leibe erfahren müssen. Beträgt doch der Durchschnittsverdienst nur 15 Mk. pro Woche. Daß Leute, welche 16 Mk. Abschlag pro Woche nahmen, am Schluß nur noch wenig oder nichts ausbezahlt erhalten, ist keine Seltenheit. Trotzdem gedenkt die Firma, unter diesen Verhältnissen Leute zu bekommen. Unseren Mitgliedern können wir es nicht zumuten, unter den Verhältnissen zu arbeiten, wiewohl es uns lieb wäre, auch dort wieder mehr Einfluß zu gewinnen. Hoffentlich gelangen die dort beschäftigten Holzarbeiter noch zu der Einsicht, daß nur eine starke Organisation es ist, welche Arbeitsbedingungen, die für die Holzarbeiter des ganzen Ortes schädigend wirken, beseitigen kann. Darum hinein in den Holzarbeiterverband. Nur geschlossen können wir etwas erreichen. Auch die Kollegen in den anderen Betrieben haben bei jedem neuen Afford Streitigkeiten, da nirgends ein Lohnstarif besteht, wenigstens keiner, der von uns anerkannt wäre; Abzüge sind insolge dessen an der Tagesordnung.

Niesä. (Werstarbeiter.) In den am 26. Juli in Niedermuschütz und am 27. Juli in Niesä abgehaltenen Versammlungen, welche beide gut besucht waren, referierte Kollege Bindemann-Pirna, über die Lage auf den Binnen-schiffswerften. Er schilderte den Anwesenden die Verhältnisse an der Hand des eingegangenen Materials von den Schiffswerften aus Schönebeck, Westerhiesien, Niesä, Niedermuschütz, Dresden, Pirna, Königstein und Grünewalde. Niedermuschütz und Grünewalde zeichnen sich besonders aus durch schlechte Löhne und Lehrlingszuchterei. In Niedermuschütz sind bei 17 Gefellen 13 Lehrlinge beschäftigt. Überall da, wo eine feste Organisation bestand, sind auch die Löhne und Arbeitsverhältnisse bedeutend besser als da, wo die Kollegen den Weg zur Organisation nicht fanden. Es wurde angeführt, daß der Beruf der Schiffsbauer nicht einer der besten sei; denn bei außerordentlich schwerer Arbeit, sind die Kollegen noch Wind und Wetter ausgefetzt. Ihre Arbeit ist Saisonarbeit, die niedrigen Löhne sind deshalb um so fühlbarer. In der Diskussion wurde ein Antrag, sich gemeinsam mit der Zahlstelle Pirna an den Hauptvorstand zu wenden, zwecks Abhalten einer Branchenkonferenz, einstimmig angenommen. Kollegen, wir dürfen nicht eher ruhen, bis der letzte Schiffsbauer unserem Verband zugeführt ist. Dann werden auch die Löhne auf der ganzen Linie besser werden.

Rothenburg. In einem Artikel der „Eiche“ haben sich die Girsche veranlaßt gesehen, wieder einmal zu beweisen, daß sie in der Erfindung und Verbreitung unwahrer Tatsachen wirklich Großes zu leisten imstande sind. Nicht genug, daß sie bestrebt sind, ein wachstames Auge über jeden Verbändler zu haben, sind sie auch so gemein und schmücken ihren Bericht mit Lügeereien über den Konsumverein resp. dessen Abnung von der Geschäftsführung eines Konsumvereins haben, würde er sich schämen, einen derartigen Blödsinn geschrieben zu haben; Tatsache ist, daß selbst von gelehrter Seite schon anerkannt worden ist, daß die Leitung desselben in unparteiischer und gewissenhafter Weise geschieht. Wenn ein Girsche aber seine besonderen Gefühle und Vermutungen hat, so ist das seine Sache. Der ganze Anlaß zu dem völlig unwahren Artikel ist, daß sich unser Kollege Wagner herbeigelassen hat, für einen Privatmann 3 bis 4 Duzend Körbe nach Feierabend anzufertigen. Wir als Verbändler haben nun gar keine Ursache, hier etwas zu beschönigen, aber zu verstehen ist eine derartige Handlungsweise, wenn man weiß, daß der Kollege Wagner jahrelang gemäßigter war und von einem Ort zum anderen ziehen mußte, wenn er sich nun durch eine dargebotene Gelegenheit einige Mark nebenbei verdient, um dadurch seine Familie wieder etwas besser zu stellen. Die edlen Girsche haben natürlich mit so etwas nicht zu tun, sie sind ja nun liberal, bestreben getrennt die Arbeiter für ihre Interessen, wobei sie natürlich wieder ein schon so häufiges Vorgehen haben, nämlich ihre sichere Arbeit. Unwahre ist aber in ihrem Bericht, daß es sich um einen solchen großen Auftrag handelt und daß der Kollege Wagner sich angeboten hat, die Körbe billiger zu machen als Korbmachermeister Vogel. Derselbe erhält für seine Körbe einen Arbeitslohn, daß jeder Girsche auch bereit wäre, diesen Auftrag auszuführen. Bei den beiden Korbmachern Schwarz und Wiltz. Wagner können die Girsche sich befehlen lassen, daß sie es waren, die den erwähnten Wurfabrikanten zu unserem Kollegen Wagner geschickt haben. Besser wäre allerdings, die edlen Girsche würden sich mehr darum bemühen, in ihren eigenen Reihen Umschau zu halten; denn es ist doch von allen Arbeitern bestätigt worden, die bei Vogel Geschäftskörbe anfertigten, daß das Girsche-Dundersche Mitglied Erdmann dortselbst eine recht unruhige Tätigkeit entfaltet hat. Es ist unverständlich, wie ein solcher Mensch derartige Artikel veranlassen kann, obwohl er selbst bis in die Nacht hinein und auch Sonntags meist in der Werkstatt anzutreffen war. Solange es dem Gewerksverein eben nicht gelingt, auch nur den geringsten Erfolg aufzuweisen, werden sie den beschrittenen Weg nach rückwärts auch weiterhin verfolgen müssen. Die Arbeiterchaft Rothenburgs hat nun einmal erkannt, daß ihre Interessen nur in den freien Gewerkschaften richtig vertreten werden, und deshalb treten sie denselben auch bei, ohne sich um die Schlagworte der Girsche zu kümmern.

Sterbetafel.

- Gustav Buchholz, Tischler, geb. den 15. Juni 1876 zu Burg, gest. den 29. Juni 1909 ebenda.
- Oskar Baehner, Tischler, geb. 30. August 1880 zu Posen, gest. 20. Mai 1909 ebenda.
- Johann Tauchert, Tischler, geb. 24. Mai 1882 zu Posen, gest. 27. Mai 1909 ebenda.
- Dolff Walter, Tischler, geb. 8. Oktober 1855 zu Polnitz, gest. 20. Juni 1909 zu Dresden.
- Emil Gräfe, Tischler, geb. 24. Oktober 1876 zu Blankenhain, gest. 26. Juni 1909 zu Leipzig.
- Franz Marx, Tischler, geb. 1851 zu Pfriemersdorf, gest. 24. Juni 1909 zu Eßthen.
- Sebastian Fischer, geb. 20. Januar 1883 zu Zeitlitz, gest. 4. Juni 1909 zu Regensburg.
- Emil Aneke, Korbmacher, geb. 19. Dezember 1867 zu Brandenburg, gest. 21. Juni 1909 ebenda.

- Georg Michel, Schreiner, geb. 6. September 1857 zu Neustadt, gest. 19. Juni 1909 zu Ludwigshafen.
- Herm. Meyer, geb. 24. Januar 1861 zu Warschüte, gest. 1. Juli 1909 zu Mittenbittel.
- Hugo Vogel, Modelltischler, geb. 20. April 1865 zu Grimma, gest. 4. Juli 1909 zu Leipzig.
- Heinrich Schwarz, Tischler, geb. 27. Februar 1878 zu Zeltendorf, gest. 26. Juni 1909 zu Nürnberg.
- Karl Fischer, Tischler, geb. 11. Dezember 1876 zu Wabelsberg, gest. 26. Juni 1909 zu Nowaesa.
- Arno Wüttner, Polsterer, geb. 28. September 1885 zu Kleinölsa, gest. 20. Juni 1909 ebenda.
- Karl Behrens, Schiffszimmerer, geb. 14. Mai 1887 zu Gröpelingen, gest. 15. Juli zu Bremen.
- Heinrich Leines, Tischler, geb. 14. September 1864 zu Krefeld, gest. 8. Juli zu Bremen.
- Johann Kruse, Schiffszimmerer, geb. 13. Januar 1855 zu Lantzenau, gest. 13. Juli zu Bremen.
- Karl Hermann Mate, Maschinenarbeiter, geb. 26. November 1886 zu Altenburg, gest. 15. Mai 1909 ebenda.
- Franz Bohnenkamp, Schreiner, geb. 9. November 1870 zu Köln, gest. am 4. Juli 1909 ebenda.
- Gerhard Maier, Schreiner, geb. 10. September 1878 zu Lindenthal, gest. 16. Juni 1909 zu Köln.
- Paul Rätke, Maschinenarbeiter, geb. 31. Januar 1888 zu Ohrdruf, gest. 8. Juli 1909 ebenda.
- Hermann Richard Forberger, Polsterer, geb. 26. November 1890 zu Rangenau, gest. 19. Juli 1909 zu Erbsdorf.
- Wilhelm Stüßlein, geb. 14. April 1877 zu Archshofen, gest. 12. Juli 1909 zu Fürth.
- Hugo Bertmann, geb. 16. Januar 1884 zu Fürth, gest. 14. Juni 1909 ebenda.
- Bruno Brückner, geb. 3. August 1882 zu Fürth, gest. 24. Juni 1909 ebenda.
- Otto Erlwein, geb. 6. Oktober 1874 zu Landau, gest. 24. Juli 1909 zu Darmstadt.
- Georg Brudner, Schreiner, geboren 12. Mai 1850 zu Nürnberg, gestorben 24. Juni 1909, abends.
- Wilhelm Gerold, Bildhauer, geb. 24. März 1890 zu Kreußen, gestorben 26. Juli 1909 zu Nürnberg.
- Karl Arnold, Modelltischler, geb. 27. März 1876 zu Königsberg, gestorben 26. Juli 1909 zu Nürnberg.
- Johann Götsch, Säger, geb. 9. Mai 1863 zu Wogling, gest. 4. Aug. 1909 zu München.
- Heinrich Treppe, Bildhauer, geb. 15. Juli 1857 zu Landsküt, gest. 11. Juli 1909 zu Weiltzingen.
- Franz Ehrhard, geb. 30. November 1880 zu Barth a. d. Ostsee, gest. 4. Juli 1909 ebenda.
- August Weißgerber, Polsterer, geb. 14. September 1840 zu Wilschdorf, gest. 26. Juli zu Leipzig.
- Heinr. Verensmeyer, Kistenmacher, geb. 30. April 1879, gest. 11. Juli 1909 zu Bünde.
- Kaspar Queft, Kistenmacher, geb. 25. September 1843 zu Dünne, gest. am 23. Juli 1909 zu Bünde.
- Georg Salm, Drechsler, geb. 11. Februar 1871 zu Belfersroth, gest. 7. August 1909 zu Neutlingen.
- Otto Delsner, Tischler, geb. 8. Juli 1889 zu Magdeburg, gest. 26. Juli 1909 zu Nordhausen.
- Margarete Kupfer, Weistiftarbeiterin, geb. 5. November 1863 zu Gutsenfelden, gest. 29. April 1909 zu Nürnberg.
- Albert Wolf, Maschinenarbeiter, geb. 28. November 1859 zu Brandenburg, gest. 4. August 1909 ebenda.

Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

In Bochum wurde mit dem Arbeitgeberbunde ein Vertrag, laufend bis zum 15. April 1912, zum Abschluß gebracht. Derselbe sieht vor eine Lohnerhöhung von sofort 2 Pf., am 1. Juni 1910: 1 Pf. und am 1. April 1911: 2 Pf. Der Durchschnittslohn steigert sich von 53 Pf. auf 58 Pf. Der Lohn der Maschinenschreiner beträgt 6 Pf. mehr. Die Arbeitszeit wird sofort um 1 Stunde pro Woche und ab 1. April 1911 um weitere 2 Stunden verkürzt, so daß dann an Stelle der bisherigen 9 1/2 stündigen die täglich 9 stündige Arbeitszeit Platz greift. Ueber die Frage der Bauzulage, welche der frühere Vertrag vorsah, konnte eine Verständigung nicht erzielt werden; es wurde demzufolge beiderseitig einer Vereinbarung zugestimmt, nach welcher das Einigungsamt in Essen resp. dessen Vorsitzender, Herr Weingeordneter Rath, hierüber einen Schiedspruch fällen solle. Der Schiedspruch ist gefällt und besagt, daß die Bauzulage bis zum 1. Januar 1910 weiter bezahlt werden muß, von dann ab treten die diesbezüglichen, wie auch für Dortmund, Essen und den anderen Vertragsorten geschaffenen Bestimmungen in Kraft. Der Schutzverband hat sich an den Verhandlungen nicht beteiligt, doch dürften uns von dieser Seite erhebliche Schwierigkeiten zur Durchführung des Vertrages nicht in den Weg gelegt werden, da derselbe numerisch ziemlich schwach ist, andererseits aber auch mehrere dieser Organisation angehörenden Arbeitgeber den Vertragsabschluß schon anerkannt haben.

In Erlangen ist die Lohnbewegung der Schreiner beendet. Zwischen den Schreinermeistern und dem Holzarbeiterverband kam eine Vereinbarung zustande, durch welche die Arbeitszeit auf 57 Stunden festgesetzt wird. Ein Lohnzuschlag von 2 Pf. wird ab 5. Juli und 1 Pf. ab 1. Oktober 1909 gezahlt. Der Mindestlohn beträgt für Ausgelernte im ersten Jahr nicht unter 12 Mk. Er steigert sich bis zum 20. Lebensjahre auf 32 Pf. pro Stunde, und selbständige Gehilfen über 20 Jahre erhalten 36 Pf. Mindestlohn. Ferner soll der Arbeitsnachweis des Holzarbeiterverbandes mit benützt werden. Während die Lohnbewegung in Erlangen selbst ohne Arbeitseinstellung beigelegt werden konnte, lehnte der Schreinermeister Mayer in Altenreuth bei Erlangen sämtliche Forderungen ab. Die dortigen Kollegen traten deshalb in den Ausstand. Nach 10tägigem Kampfe hat Mayer obige Vereinbarung, nach Ausnahme der Arbeitszeit, welche dort 58 Stunden beträgt (vormals 59 Stunden), anerkannt. Ferner wird dort, wie auch in einigen Werkstätten in Erlangen, ein Bauzuschlag von 5 Pf. pro Stunde weiterbezahlt. Zu bemerken ist noch, daß von einigen 80 Meistern circa 12 dem Holzindustriellenverband angehören, während die

übrigen Meister sich zu einer Vereinigung zusammengeschlossen haben. Wir können mit dem Erreichten sehr wohl zufrieden sein, da die Zugeständnisse von unseren Forderungen nur wenig abweichen. Die beendigte Lohnbewegung hat gezeigt, daß der Deutsche Holzarbeiterverband sehr wohl in der Lage ist, für seine Mitglieder Verbesserungen in wirtschaftlicher Beziehung zu schaffen. Hierzu gehört aber eine straffe Organisation am Orte. Mögen die uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen, hauptsächlich in der Bürstenindustrie, einsehen lernen, daß sie ihre traurige Lage nur durch zahlreichen Eintritt in den Deutschen Holzarbeiterverband verbessern können.

In **Waldbeck** wurde, ohne daß es einer Arbeitseinstellung bedurfte, mit dem Arbeitgeberbund ein bis zum 15. April 1912 laufender Vertrag zum Abschluß gebracht. Die Verhandlung wurde unter Vorsitz des Beigeordneten der Stadt Essen, Herrn Rath, geführt. Der Vertrag bringt den Kollegen ab 1. April 1910 eine Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich 1 Stunde und ab 1. April 1911 zwei weitere Stunden. An Stelle der bisher zehnstündigen tritt dann die 9½stündige tägliche Arbeitszeit in Kraft. Der Lohn wird gesteigert sofort um 1 Pf. und am 1. April 1910 sowie 1. April 1911 um je zwei weitere Pfennige. Der Durchschnittslohn steigt sich von 46 Pf. auf 51 Pf.

In **Heidelberg** sind die Verhandlungen gescheitert, da die Meister während der Vertragsdauer bis 17. Februar 1912 nicht das geringste Zugeständnis an Arbeitszeitverkürzung machten. Die Meister wollen unter allen Umständen die 9½stündige Arbeitszeit beibehalten. Ebenso lehnen dieselben für dieses Jahr jede Lohnerhöhung ab. Die Kollegen lehnten einmütig ab, sich bei solchen Zugeständnissen auf drei Jahre zu binden, zumal die Meister uns im Frühjahr den Vertrag, durch Vermittelung des Süddeutschen Arbeitgeberverbandes für das Holzgewerbe, kündigten. Die Arbeit wurde geschlossen niedergelegt. Wir ersuchen die Kollegen nun dringend, uns dadurch zu unterstützen, daß der Bezug von Heidelberg ferngehalten wird. Die reisenden Kollegen werden ersucht, Heidelberg auf ihrer Tour nicht zu berühren.

In **Sersford** betrachten verschiedene der Herren Möbelfabrikanten und Schutzverbandsmitglieder die Verträge als nur für die Arbeiter bindend; sie selbst glauben, unbekümmert um Vertragsbestimmungen, nach freiem Ermessen schalten und walten zu können. Am 1. September 1908 bedurfte es bei mehreren der Herren Schutzverbandsmitgliedern erst ernster Mahnung der Kollegen, daß ihnen die eine Stunde kürzere Arbeitszeit wurde. Zum 1. Juli dieses Jahres sollte laut Vertrag eine Aufbesserung der schlechten Akkordlöhne stattfinden. Zurzeit, am 15. August, haben 7 der Herren Möbelfabrikanten sich dieserhalb mit ihren Arbeitern geeinigt, wogegen mehrere andere Herren, darunter auch Herr Kopta als Vorsitzender der Arbeitgeber, sich bisher noch weigern, den vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen. Hoffentlich gelingt es jetzt der Schlichtungskommission, die angerufen worden ist, den Herrn Vorsitzenden zur Einhaltung des durch ihn selbst mitgeschaffenen Vertrages zu befehlen. Auch schickt man hoffentlich nicht wieder, wie es schon geschehen ist, vor, zur Schlichtungskommissionssitzung keine Zeit zu haben, oder daß solche Sitzungen für sie zu aufregend seien. Wir können aber den Herren schon jetzt verraten, daß die Herrscher Kollegen nicht gesonnen sind, sich noch länger ihnen zustehende Rechte vorenthalten zu lassen. Laut Beschluß einer am 13. August stattgefundenen Betriebsversammlung der Koptaschen Arbeiter sind die Organisationsvertreter beauftragt, alles aufzubieten, um dem Vertrage volle Geltung zu verschaffen. Im Interesse des Ansehens des Schutzverbandes dürfte es ebenfalls liegen, seinen Herrscher Mitgliedern, vor allem seinem Vorsitzenden, mehr Achtung des Vertrages beizubringen.

In **Karlsruhe** ist auf der Grundlage des im Frühjahr mit dem Süddeutschen Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe vereinbarten Normaltarifes nach zehntägiger Verhandlung ein neuer Vertrag vereinbart worden. Derselbe tritt am 1. September 1909 in Kraft und läuft bis zum 17. Februar 1912. Durch den Vertrag rückt Karlsruhe in die Reihe der Städte mit dem Neunhunderttag ein. Die Arbeitszeit wird von 9½ auf 9 Stunden pro Tag verkürzt, die Stundenlöhne um 4 Pf. erhöht. Eine weitere Zulage von 1 Pf. erfolgt am 1. April 1910. Der Minimallohn beträgt 45 Pf. pro Stunde. Weitere Verbesserungen bringt der Vertrag den Kollegen bei der Pauszulage von 5 Pf. pro Stunde, die früher nur 20 Pf. pro Tag betrug, desgleichen durch den neuen Akkordparagrafen usw. Aufgabe der Kollegen wird es nun sein, dafür zu sorgen, daß der Vertrag überall durchgeführt wird.

In **Leibis** ist die Lohnbewegung beendet. Die Wünsche der Arbeiter konnten allerdings nicht voll befriedigt werden. Schuld daran tragen die arbeitswilligen Kollegen, welche von einigen Dörfern kamen und den Klausreißer spielten. Erreicht wurde eine Lohnerhöhung von 20 Pf. den Tag, ½ Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche, 3 Jahre Vertrag, im dritten Jahre nochmal 10 Pf. Zulage pro Tag. Einen Mindestlohn von 2,50 M. für Arbeiter über 20 Jahre konnten wir nicht erreichen. Ein Beweis, wie schlecht die Löhne in Thüringen noch sind.

In **Magdeburg** waren nach fünfwöchiger Dauer des Streiks die Arbeitgeber in ihr uraltes Element zurückgekehrt, d. h. während sie zu Beginn des Streiks Müde und Besonnenheit zu zeigen sich gelobten, hatten die täglichen gegenseitigen Tröstungen die Eskalade bis zum 3. August mittelmäßig so gesteigert, daß sie wieder „bei sich“ waren. In diesem denkwürdigen Lage faßten sie den Beschluß, zu verlangen, daß die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen werden müsse, und am 4. August taten sie das erstaunenden Welt kund und zu wissen. Hatte erst der wirklich besonnenere Teil bei den Arbeitgebern gegen die Praktiken ihrer Leitung nicht offen anzukämpfen gewagt, so jetzt es jetzt alle Tage den schönsten Bruch, weil man sich das Geschäft einigen Drahtziehern und Schmuckkonkurrenten zilliebt nicht verderben lassen will. Und unsere Kollegen haben ebenfalls sofort die richtige Antwort auf das Begehren der Arbeitgeber gefunden. Im Laufe der folgenden anderthalb Wochen ist nicht weniger wie die Hälfte der Streikenden,

verheiratete und ledige abgereist, und alle sind ohne Mühe untergekommen. Dieser Abgang wird noch weiter anhalten, denn werftätigen holen die Kollegen noch immer ihre Papiere und richten sich auf die Abreise ein. So ist also die Wirkung der meisterlichen Annahmestillung völlig aufgehoben und die Situation vollständig geklärt. An eine Erledigung der Differenzen ist jetzt nicht eher zu denken, bis die Arbeitgeber durch die Wirkung ihrer eigenen Annahmestillung zur Besonnenheit gezwungen sein werden. — Den Bezug von Tischlern, Maschinenarbeitern, Drechslern und Polierern wird deswegen ersucht, weiter fernzuhalten.

In **Niesa** hatten die Kollegen in der Sächsischen Möbelindustrie G. m. b. H. den zum 1. August ablaufenden Vertrag gekündigt und einige Forderungen an den Unternehmer gestellt. Da derselbe diese nicht nur ablehnte, sondern sogar die Annahme eines einjährigen Vertrages mit mehreren Verschlechterungen forderte, schien ein Kampf unvermeidlich. Durch unseren Gauborsteher Gerlikte wurden Verhandlungen eingeleitet, die zu einem befriedigenden Ergebnis führten. Es wurde ein dreijähriger Vertrag abgeschlossen, welcher den Kollegen innerhalb der Vertragszeit 15 Prozent Erhöhung der Stundenlöhne, 9 Prozent Erhöhung der Akkordpreise und zwei Stunden Arbeitszeitverkürzung bringt. Die Akkordarbeiter erhalten bei Lohn ihren Durchschnittsverdienst garantiert, ebenso bei neuen Akkordarbeiten. Diese Vereinbarungen gelten nur für die Angehörigen des Holzarbeiterverbandes und es ist deshalb Pflicht der Kollegen, dauernd und einheitlich ihre Mitgliedschaft im Verband zu erhalten. Wiederholt hat der Unternehmer bei den Verhandlungen auf die sonst in Niesa niedrigen Löhne, besonders bei den Schneidmühlenarbeitern, hingewiesen. Da dieselben den Maschinenarbeitern in der Sächsischen Möbelindustrie eine weitere Steigerung der Löhne sehr erschweren, ist es Pflicht aller Mitglieder, durch unablässige Agitation dazu beizutragen, daß auch die Säge- und Holzwerker von der Notwendigkeit der Organisation zur Erreichung höherer Löhne überzeugt werden.

In **Schwennungen** dauert der Streik bei der Firma Lauffer fort. Die Polizei nimmt sich des Unternehmers mit großem Eifer an und die Streikenden werden mit einer Fülle von Strafmandaten bedacht. Am Morgen des 4. August wurden sogar vier streikende Kollegen, welche in dem furchtbaren Verdacht standen, einen Streikbrecher beleidigt zu haben, indem sie hinter ihm auspudeten, verhaftet und an das Amtsgericht Nottwil eingeliefert. Dieses schwere Verbrechen sollen sie bereits am 26. Juli, also 12 Tage vorher begangen haben, aber die Polizei hatte bisher gegögert, die Bösenichter der strafenden Gerechtigkeit auszuliefern. Und als sie endlich zusetzte, da war es auch nichts, denn die Verhafteten wurden alsbald wieder auf freien Fuß gesetzt, obwohl es sich um ledige Arbeiter handelte. Ein solcher polizeilicher Schneid mag wohl in Rußland und den benachbarten Ländern üblich sein, im Schwabenland ist man so etwas nicht gewohnt und es liegt auch kein Bedürfnis vor, die guten schwäbischen Sitten durch schlechte Beispiele verderben zu lassen. Es wird deshalb dafür gefordert, daß es der überreifen Polizeiverwaltung zum Bewußtsein gebracht wird, daß es keineswegs ihre Aufgabe ist, einseitig die Interessen des Unternehmers zu wahren.

In **Stettin** haben die Kollegen in der Norddeutschen Bürstenindustrie, Inhaber Goldbach u. Co., nach acht-tägigem Streik einen schönen Erfolg errungen. Trotzdem die Mehrzahl der Beteiligten noch jung in der Organisation ist, hat sich niemand zum Verräter hergegeben. Alle Bemühungen des Herrn Goldbach nach dieser Richtung waren umsonst. Die weiblichen wie die männlichen Arbeiter haben es einmütig abgelehnt, einen Judaslohn zu verdienen. Auch alle Anstrengungen des Herrn Goldbach, Streikbrecher von auswärts heranzuliefern, waren vergeblich, und so sah sich denn die Firma gezwungen, schon am fünften Tage der Organisations-Verhandlungen anzukommen. Als Hauptbedingung dieses Kampfes haben wir eine Erhöhung der Akkordpreise von 9 bis 25 Proz. zu verzeichnen. Neben der Erhöhung der Stundenlöhne von 3 bis zu 5 Pf. pro Stunde sind noch einige andere Verbesserungen vertraglich festgelegt. Der neue Vertrag gilt bis zum 1. Oktober 1911.

Ausland.

In **Meran** ist der Streik der Tapezierergesellen erfolgreich beendet. Am 9. August wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Bei den Tischlergesellen die ebenfalls seit 12. Juni ausgesperrt sind, konnte trotz mehrerer Unterhandlungen mit den Unternehmern der Konflikt nicht beigelegt werden; die Aussperrung dauert unverändert fort. Bezug von Tischlern nach Meran ist auf weiteres streng fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

25 Jahre Kampf.

Die Jubiläen unserer Verbandszahlstellen mehrten sich. Am Ende des Jahres 1888 der Deutsche Tischlerverband gegründet war und man auch im allgemeinen wieder begann, die durch das Sozialistengesetz vernichtete Gewerkschaftsbewegung neu ins Leben zu rufen, da regte es sich unter unseren Berufsgenossen im ganzen Reich. Da und dort wurden schüchtern Versuche zur Gründung von Berufsvereinen unternommen, die allerdings vielfach ein recht bescheidenes Dasein führten. Manche von jenen Vereinen fanden bald ein freiwilliges oder unfreiwilliges Ende, ein später von neuem zu erstehen; andere haben es durchgehalten und es im Laufe der Jahre zu einer achtunggebietenden Macht gebracht. Für diese ist jetzt die Zeit der Jubiläen gekommen.

Nachdem einige andere Orte vorausgegangen sind, hat nun auch die Zahlstelle Breslau ihr 25jähriges Jubiläum gefeiert und aus diesem Anlaß hat sie eine flottgeschriebene Festschrift herausgegeben, welche unter dem Titel „Die Kampfgeschichte der Breslauer

Holzarbeiter“ eine interessante Darstellung der Organisationsbestrebungen der Breslauer Holzarbeiter, ihre Kämpfe und Erfolge gibt. Nach einem kurzen Rückblick auf die Zukunft, über welche allerdings wenig auf die Tischlergesellen bezügliche Material vorliegt, macht uns der Bearbeiter der Broschüre, Georg Raul, mit der ersten selbständigen Organisation der Tischlergesellen, dem „Unterstützungsverein der Breslauer Tischlergesellen“, bekannt, der im Jahre 1840 gegründet wurde. Der Unterstützungsverein war eigentlich eine obligatorische Krankenkasse, doch wählte er den Gesellenausschuß und drei Mitglieder, die auch in allgemeinen Handwerksfragen mit den Meistern in Verbindung traten.

Eine Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins war die im Jahre 1869 ins Leben gerufene Breslauer Filiale des „Allgemeinen deutschen Tischlergesellenvereins“, die es aber zu keiner Bedeutung brachte. Durch die Führer der Eisenacher Richtung der Breslauer Sozialdemokraten erfolgte im Jahre 1872 die Gründung der „Tischler-Widerstandskasse“. Diese sollte es den Gesellen ermöglichen, ihren Anteil an den Gewinnen zu fordern, welche die Gründerperiode dem Unternehmertum brachte. Es wurde eine 20prozentige Lohnerhöhung und der Neunstundentag verlangt. Ein Teil der Meister bewilligte eine Lohnerhöhung, andere verfielen sich ablehnend, doch kam es zunächst zu keinem Kampf. Nur in Vitzke's Waggonfabrik traten 170 Tischler und Stellmacher in den Streit und sie erzielten nach mehrwöchentlichem Kampfe eine Lohnerhöhung von 15 Proz. Im Sommer des gleichen Jahres wurde die im Frühjahr begonnene Bewegung wieder aufgenommen und durch eine Arbeitseinstellung eine 20prozentige Lohnerhöhung und der Zehnstundentag durchgesetzt. Bald darauf schlossen sich die Breslauer Tischler wieder dem Allgemeinen deutschen Tischlerverein an, dem aber kein langes Leben beschieden sein sollte. Im Jahre 1874 wurde die Breslauer Filiale polizeilich geschlossen. Es war das ein Ausfluß der gegen die Arbeiterbewegung gerichteten Unterdrückungsaktion, deren Seele der Staatsanwalt Tessendorf war. Die Auflösung wurde im Jahre 1876 gerichtlich bestätigt, doch waren inzwischen andere Organisationen der Tischler sowie auch der Stellmacher ins Leben getreten, die der am 22. April 1878 gegründeten „Kommission aller Breslauer Gewerkschaften“ beitraten. Wenige Monate später kam das Sozialistengesetz und mit der Gewerkschaftsbewegung war es für eine Zeit lang vorbei.

Die neue Ära begann mit der am 13. Juli 1884 erfolgten Gründung des „Fachvereins der Tischler und verwandten Berufsgenossen“, der am Jahresluß 130 Mitglieder zählte und bis zum Ende des folgenden Jahres auf 630 angewachsen war. Dann jedoch gab es einen Rückschlag und am Schluß des Jahres 1886 wurden nur noch 145 Mitglieder gezählt. Der Fachverein hatte sich auf den Tischlerkongressen durch Delegierte vertreten lassen, es aber abgelehnt, sich dem Tischlerverband anzuschließen, weil ihm die Organisationsform nicht behagte. Das konnte jedoch nicht verhindern, daß er am 11. Juni 1888 als Versicherungsunternehmen, dem die Genehmigung verweigert wurde. Er war inzwischen auf 20 Mitglieder zusammengeschmolzen.

Die Auflösung war aber ein Schlag ins Wasser, weil man in Voraussicht der kommenden Dinge rechtzeitig Statuten ausgearbeitet hatte, welche Bestimmungen über Unterstützungsanstalten nicht enthielten. Mit diesen Statuten konnte der Verein trotz der Auflösung weiter leben. Im Januar 1891 erfolgte der Anschluß an den Tischlerverband. Der Fachverein sollte zunächst neben der Verbandszahlstelle weiter bestehen, doch löste er sich bald danach auf. Nunmehr begann auch die Mitgliederzahl wieder zu steigen, sie betrug am Ende des Jahres 873. Die Überführung der Organisation in den Deutschen Holzarbeiterverband im Jahre 1893 vollzog sich glatt. Allerdings war es für Breslau zunächst fast nur eine Namensänderung, denn von Organisationen anderer Berufe existierte damals dort nur eine Zahlstelle der Drechslervereinigung, die nur 7 Mitglieder zählte.

Im Laufe der Jahre hat sich die Breslauer Verbandszahlstelle kräftig entwickelt. Sie hat eine Reihe Kämpfe geführt und ihrem Wirken ist es zu danken, daß sich die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Breslauer Holzarbeiter sehr wesentlich gehoben haben. Als vor 25 Jahren der Fachverein gegründet wurde, betrug die Arbeitszeit der Tischler fast durchgehends 12 Stunden und dabei wurden Löhne von oft nur 10 M. wöchentlich erzielt. Nach dem jetzt gültigen Vertrag vom 11. August 1908 beträgt die Arbeitszeit 9 Stunden (bei den Maschinenarbeitern 9½ Stunden) und der Mindeststundenlohn 40 Pf. Am Schluß des Jahres 1908 zählte die Zahlstelle 2468 Mitglieder, sie umfaßte also einen recht erheblichen Teil der Breslauer Kollegenschaft und sie übt auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen einen recht weitgehenden Einfluß aus. Es ist aber auch nicht zu verkennen, daß es unserer Organisation in Breslau gelungen ist, das stückliche Niveau der Kollegenschaft ganz bedeutend zu heben. Sie ist dabei systematisch vorgegangen, indem sie einerseits den übermäßigen Alkoholkonsum entschieden bekämpfte und dafür planmäßig dem Bildungsbedürfnis der Kollegen Vorschub leistete und dieses nach Kräften zu entwickeln bestrebt war.

Unser Wunsch an die Zahlstelle anläßlich ihres Jubiläums geht dahin, daß sie nicht nur auf der betretenen Bahn weiter arbeite, sondern daß es ihr auch gelingen möge, alle noch abseitsstehenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen, auf daß es ihr möglich sei, das Ziel, das sie sich gesteckt hat, um so schneller zu erreichen.

Der diesjährige Tischlerinnungstag, der am 2. und 3. August in Wiesbaden stattfand, fiel insofern aus dem herkömmlichen Rahmen, als er zum ersten Male zeitlich und räumlich getrennt von der Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes abgehalten wurde. Für diese Trennung waren lediglich praktische Gründe maßgebend gewesen; das intime Verhältnis zwischen beiden Organisationen, welches zum Ueberflus durch eine ziemlich weitgehende Personalunion gesichert ist, hat durchaus nicht gestört, das wurde auch ausdrücklich bestätigt durch das auf dem Tischlertage von Herrn Fobbe gehaltene Referat über den Arbeitgeberverband und die mit allseitigem Beifall aufgenommenen Bemerkungen, die Herr Kahardt daran knüpfte.

Die eigentlichen Verhandlungen des Tischlertages wurden eingeleitet durch ein Referat des Herrn Kahardt über das Gesetz zur Sicherung der Bauforderungen. Im allgemeinen ist er mit dem Gesetz zufrieden, wenn es auch nicht alle Wünsche der Handwerker erfüllt. Dieser Gedanke fand seinen Ausdruck in der angenommenen Resolution. Der Gesetzentwurf über die Arbeitskammern wurde im Sinne eines Referats des Herrn Pauli entschieden verurteilt. Nicht besser erging es dem Entwurf zur Reichsversicherungsordnung, über welchen Herr Dr. Müffelmann referierte. In der vom Referenten vorgeschlagenen und von der Versammlung einstimmig angenommenen Resolution wird der Entwurf als eine Bedrohung der gesamten deutschen Produktion im allgemeinen und der Arbeiterschaft im besonderen bezeichnet. Auf Wunsch des Wiesbadener Obermeisters Schneider wurde in die Resolution noch ein Zusatz zugunsten der Innungsfrankentassen aufgenommen. Die bestehenden Klassen dieser Art sollen erhalten und die Errichtung neuer Innungsfrankentassen gefördert werden.

Ueber die Konkurrenz der Buchhaus- und Gefängnisarbeit wurde allseitig geklagt, aber auch betont, daß es an ausreichendem Material fehle, um eine wirksame Aktion zu unternehmen. In der zu dem Gegenstand beschlossenen Resolution wird verlangt, daß die Einrichtung moderner Tischlereibetriebe in den Strafanstalten unterbleibe und daß die bestehenden Betriebe aufgelöst werden. Die Entschädigungssätze für die Gefangenen sollen so angelegt werden, daß dem freien Handwerk durch die behördlichen Institute keine unlautere Konkurrenz gemacht wird. — Zur Lehrlings- und Fortbildungsschulfrage wurde in einer längeren Resolution Stellung genommen, in welcher eine ganze Reihe von Wünschen aufgeführt werden. In erster Linie wird verlangt, daß die Ausbildung der Lehrlinge nur in der praktischen Werkstatt erfolgen darf, die Angliederung von Lehrwerkstätten an die Fortbildungsschulen wird verworfen. In den Pflichtfortbildungsschulen sind die Lehrgenstände auf die den Lehrlingen verständliche und im Gewerbe notwendige Belehrung zu beschränken. Fachunterricht soll nur von Fachmännern erteilt und der Lehrplan soll von einer Kommission festgestellt werden, die zu zwei Dritteln aus Handwerkern besteht.

Streitigkeiten, die sich im Innungslager in Rheinland-Westfalen abgespielt haben und zur Abspaltung einer Reihe von Innungen führten, gaben Veranlassung, das Verhältnis der Bezirksverbände zum Innungsverband zu besprechen. Die vom Gesamtvorstand bei jenen Streitigkeiten eingenommene Stellung wurde gebilligt. Dagegen hob der Tischlertag den vom Vorstand gefassten Beschluß, durch welchen der Rheinisch-Westfälische Bezirksverband aufgelöst wurde, wieder auf. — Der seitherige Bundesvorstand mit Nicht als Vorsitzenden und Kahardt als Stellvertreter wurde wiedergewählt und Stettin als Ort für den nächsten Tischlertag bestimmt.

Der Verband deutscher Birtenmacherinnungen hält seinen Verbandstag am 22. und 23. August in Gera ab. Von der vorgesehenen Tagesordnung können allenfalls die beiden, von der Berliner bezw. Dresdener Innung gestellten Anträge einiges Interesse erregen. Der eine Antrag verlangt die Ergreifung von Maßnahmen zum Schutze gegen die Schleuderkonkurrenz, der andere erstrebt Maßnahmen zur Einschränkung des Hausierumwelts. Die übrigen Punkte der Tagesordnung betreffen nur geschäftliche Angelegenheiten.

Gewerkschaftliches.

Die Reichsfinanzreform und die christlichen Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften befinden sich angesichts des Entrüstungssturmes, den die Annahme der Steuerreform verursacht hat, in einer sehr kühnlichen Situation. Ist doch das Zustandekommen dieses Deutzeuges nicht nur den Protektoren der christlichen Gewerkschaften, den Ultramontanen, zu danken, sondern die im Zentrum sitzenden Vertreter und Vorstandsmitglieder einiger christlichen Gewerkschaften haben daran tätigen Anteil genommen. Den betreffenden Gewerkschaftsführern ist es nicht wohl in ihrer Haut, und sie sind eifrig bemüht, mit Rücksicht auf die schwierige Situation, in welcher sie sich befinden, die mildern Umstände für sich in Anspruch zu nehmen. So hat beispielsweise der christliche „Arbeitervertreter“ Wiesberts, der bei der Beratung der Finanzreform eine besonders schäbige Rolle spielte, den Essener Zentrumsvertrauensleuten, die ihm gehörig den Kopf wuschen hatten, geantwortet, daß ihm die heutige Politik schon lange keine Freude mehr mache. Wenn man meine, daß er gefehlt und der Partei geschadet habe, so solle man bei der nächsten Wahl ruhig einen anderen Kandidaten aufstellen. Ihm selbst und seiner Familie würde es nur erlöst sein, wenn er die Last des Mandats nicht länger zu tragen brauche.

Auf den gleichen elegischen Ton war der Teil der Rede gestimmt, in welchem der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald, auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß sich über die Reichsfinanzreform aussprach. Nachdem er die Schwierigkeiten geschildert, die den christlichen Gewerkschaftsbeamten erwachsen, wenn sie im Reichstag Arbeiterinteressen vertreten wollten, erklärte er: „Ich würde nicht die nächsten

Jahre ins Parlament nach Berlin gehen, auch nicht, wenn man 50 000 Mk. Diäten zahlen wollte. Ich habe in den letzten Wochen einen ganzen Abscheu vor der Politik bekommen.“ Diesen Abscheu vor der Politik, welche die christlichen Gewerkschaftsführer machen, teilen auch wir, und wir können es verstehen, daß Herr Stegerwald sich glücklich schätzt, kein Mandat zu besitzen, und so der unmittelbaren Verantwortlichkeit zu entgehen.

Sehr schwer wird das Leben dem Reichstagsabgeordneten Mathias Schiffer gemacht, der zugleich Vorsitzender des christlichen Textilarbeiterverbandes ist. Im Hinblick auf die Schandtaten des Zentrums, für welche auch Schiffer als Fraktionsmitglied verantwortlich ist, hat das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes einen Aufruf erlassen, in welchem die Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes aufgefordert werden, zum Deutschen Textilarbeiterverband überzutreten. Die christlichen Textilarbeiter verkennen nicht die Gefahr, die ihrer Organisation droht, und sie bemühen sich krampfhaft, ihren Verbandsvorsitzenden in Schutz zu nehmen. In ihrem Verbandsorgan wird Herr Schiffer verteidigt durch den Hinweis darauf, daß er gegen einige Konsumsteuern gestimmt habe, welchen jedoch seine Parteigenossen zur Annahme verhelfen. Es kann aber nicht bestritten werden, daß Herr Schiffer gegen die Erbschaftsteuer und für die Schnapssteuer mit der Liebesgabe für die Junker gestimmt hat. Daß er sich nachher bei einigen Abstimmungen von seiner Fraktion getrennt hat, kann ihn nicht entlasten, denn er hat diese Absonderung nur gewagt, weil er wußte, daß für die betreffenden volkseindlichen Steuern auch ohne ihn eine Majorität vorhanden war.

Innerhalb der bürgerlichen Parteien ist es nicht möglich, Arbeiterpolitik zu treiben, und diejenigen, die den christlichen Arbeitern empfehlen, die Vertretung ihrer Interessen im Reichstag den Führern der christlichen Gewerkschaften zu übertragen, handeln wider ihre bessere Ueberzeugung. Das hat auch Herr Schiffer erkannt, der in einer Versammlung in Düsseldorf zur Entschuldigung seines Freundes Wiesberts folgende Ausführungen machte:

„Wenn man einmal von einer Partei ins Parlament gewählt worden ist, dann muß man auch Rücksicht nehmen auf die betreffende Partei. Wir haben in Berlin nicht nur Arbeiterpolitik treiben wollen, sonst hätte uns keine Partei gebrauchen können. Eine eigene Partei zu gründen, haben wir auch abgelehnt. Wir können auch gar nicht daran denken, eine Partei zu gründen. Unser ganzer Einfluß würde dann reduziert. Sobald aber einer von uns in eine bürgerliche Fraktion eintritt, fängt das Kompromissieren an. Praktische Politik ist Kompromisspolitik. Keine Arbeiterpolitik wird von einer bürgerlichen Partei nicht akzeptiert werden können, weil darin die widerstreitenden Interessen aufeinanderprallen.“

Herr Schiffer hat es unterlassen, aus diesen Sätzen die einzige richtige Konsequenz zu ziehen, nämlich daß man im Parlament nur auf den Vätern der Sozialdemokratie wirkliche Arbeiterpolitik treiben kann.

Die meisten christlichen Gewerkschaftsblätter folgen dem Beispiel, welches ihnen das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ gibt und bringen keine Zeile über die neue Finanzreform. Diese Taktik ist ja sehr bequem, aber auf die Dauer werden sie wohl damit nicht auskommen. Sommer genug mag es ihnen gefallen sein, daß sie einen Antrag gegen die christlichen Tabak- und Zigarettensteuer bringen konnten, die ja als erste die Folgen der Politik der christlichen Gewerkschaftsführer zu spüren bekommen haben. Sehen die eigentlichen Gewerkschaftsblätter der Christen in ihrem eigenen Interesse von einer Besprechung des Steuerraubzuges ab, so sind die Organe der katholischen Arbeitervereine, die den christlichen Gewerkschaften sehr nahe stehen, eifrig bemüht, das volkseindliche Verhalten des Zentrums zu verteidigen. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, eines dieser Organe, sucht die christlichen Arbeiter dadurch mit den neuen Lasten auszuföhnen, daß sie auf die politische Seite der Finanzreform hinweist. Die katholischen Arbeiter werden den Schmachtriemen mit ganz besonderer Befriedigung enger ziehen, wenn sie wissen, daß ihre Mat dem Zentrum zu einem politischen Triumph verholfen hat. In einem anderen Artikel läßt sich das Blatt von einem Reichstagsabgeordneten den Nachweis führen, daß bei der Finanzreform eigentlich die Großgrundbesitzer die größten Opfer gebracht haben. Man muß doch die christlichen Arbeiter für sehr dumm halten, daß man ihnen so etwas zu bieten wagt.

Aber alle diese Beschönigungsversuche nützen nichts. Die ungeheure Last, die durch die Schuld des Zentrums dem arbeitenden Volke auferlegt wurde, muß auch dem blindesten Zentrumsanhänger die Augen öffnen. Und die Wangentaktik der christlichen Gewerkschaften kann nicht verhindern, daß sich ihre Mitglieder fragen, ob sie es mit ihrer Arbeiterehre vereinbaren können, einer Organisation anzugehören, welche in erster Linie die Interessen des arbeitserfindlichen Zentrums wahrzunehmen hat. Das Herausreden auf die politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften dürfte wohl nicht weit helfen. Wenn es nicht das ganze Verhalten der christlichen Gewerkschaften beweisen würde, so lehrt es die Stellungnahme der durch Zentrumsagnaden im Reichstag sitzenden christlichen Gewerkschaftsführer, daß dort, wo ein Vorteil für das Zentrum herauspringt, die Interessen der Arbeiter und der christlichen Gewerkschaften zurückzutreten haben. — Es ist

eine schlimme Zeit für die Führer der christlichen Gewerkschaften, aber sie haben die Situation, in der sie sich befinden, selbst heraufbeschworen.

Der Brauerverband hat mit den Unternehmerorganisationen in der Brauindustrie eine Vereinbarung getroffen, um Massenentlassungen von Arbeitern infolge der Erhöhung der Brausteuer möglichst zu vermeiden. Bekanntlich hat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags beantragt, auch die infolge der Brausteuererhöhung arbeitslos werdenden Brauereiarbeiter aus Reichsmitteln zu entschädigen. Dieser Antrag ist jedoch vom Schnapsblock abgelehnt worden, obwohl kein Zweifel darüber besteht, daß der Rückgang des Bierkonsums die Entlassung zahlreicher Arbeiter zur Folge haben wird. Um die den Brauereiarbeitern bevorstehende Schädigung auf ein Mindestmaß herabzubringen, hat sich der Vorstand des Brauerverbandes an die maßgebenden Unternehmerorganisationen gewandt und auch dort Entgegenkommen gefunden. Das Ergebnis der am 3. August geführten Verhandlungen war die Vereinbarung:

„Daß der Böhmischeschutzverband deutscher Brauereien und der Schutzverband der Brauereien der norddeutschen Brausteuerergemeinschaft sich bereit erklärten, an ihre Unterverbände bezw. Mitglieder die dringende Empfehlung zu richten, die Entlassung von Arbeitskräften in ihrem Betriebe bis zum 1. Mai 1910 möglich einzuschränken. Das Maß dieser Einschränkung soll einerseits nach dem in den einzelnen Bezirken bezw. Betrieben eintretenden Konsumrückgang und andererseits unter Berücksichtigung der für die verschiedenen Betriebe maßgebenden besonderen Verhältnisse erfolgen, die Einzelheiten aber sollen durch Verhandlungen zwischen der Bezirks- bezw. Lokalorganisation der Arbeitgeber bezw. Arbeitnehmer in die Wege geleitet werden. Diese Vereinbarung findet keine Anwendung auf Konsumrückgänge, die infolge von Böhmschutz entstehen.“

Sehr viel ist ja mit dieser Vereinbarung nicht erreicht. Es wird nicht ausbleiben, daß eine große Zahl von Arbeitern der Brauindustrie die Finanzreform des Schnapsblocks mit dem Verlust ihrer wirtschaftlichen Existenz wird bezahlen müssen.

Die Absperrung der Bauarbeiter in Hamburg dauert fort. Die Hoffnung, daß es bei den am 11. August angesetzten Verhandlungen zu einer Einigung kommen würde, hat sich als irrig erwiesen, da die Unternehmer Vorschläge machten, die von den Arbeitern nur als eine Verhöhnung aufgefaßt werden konnten. Nunmehr hat der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe Einladungen zu Einigungsverhandlungen ergoßen lassen, die am 16. August in Berlin beginnen sollen. Ob diese erfolgreich sein werden, bleibt abzuwarten. Jedenfalls empfiehlt es sich, den Fortgang dieses Kampfes, an welchem indirekt auch unsere Kollegen interessiert sind, aufmerksam zu verfolgen.

Die englischen Bergarbeiter haben einen schönen Erfolg errungen. Die Grubenbesitzer in Schottland hatten beabsichtigt, eine Lohnreduzierung um 12% Proz. durchzuführen, was sich die Arbeiter natürlich nicht gefallen lassen wollten. Es kam zu Verhandlungen, bei welchen die Unternehmer zunächst kein besonderes Entgegenkommen zeigten. Der Verlauf der Bewegung wurde aber von der Gesamtorganisation der britischen Bergarbeiter aufmerksam verfolgt und die Durchführung des Generalkreises zur Unterstützung der schottischen Kameraden war ernstlich in Erwägung gezogen worden. In einer Urabstimmung über diese Frage hatten sich 518 361 Bergarbeiter für den Generalkreis und 62 980 dagegen ausgesprochen. Dieser Wink mit dem Zaunpfahl hat seine Wirkung nicht verfehlt. Die Grubenbesitzer bezichtigten auf die Lohnherabsetzung und in dem neu abgeschlossenen Vertrag wurde den schottischen Bergarbeitern für die nächsten drei Jahre ein Mindestlohn von 6 Mk. zugewilligt. Bemerkenswert ist, daß die Einigungsverhandlungen unter dem Vorbehalt des englischen Handelsministers stattfanden. In Preußen-Deutschland haben aktive Minister für solche Aufgaben keine Zeit. Sie warten ruhig ab, bis es zum Kampf kommt, und sind dann bestrebt, die Interessen der Unternehmer zu schützen.

Unternehmerbewegung.

Eine Statistik der Arbeitgeberverbände.

Die Verbände der Unternehmer haben von jeher einen gewissen Wert darauf gelegt, ihre inneren Einrichtungen vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Auch über ihren Umfang war es schwer näheres zu erfahren. Jetzt endlich ist es dem Statistischen Reichsamte gelungen, einiges Material über die Arbeitgeberverbände zu erlangen. Zum ersten Male enthält das soeben erschienene Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich für 1909 einige Angaben über die Zahl und den Umfang der in Deutschland existierenden Arbeitgeberverbände. Das Statistische Amt hat eine Umfrage bei den beteiligten Organisationen gehalten und die eingegangenen Antworten aus Jahresberichten und Mitgliederverzeichnissen ergänzt, aber trotzdem können die gewonnenen Resultate auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen. Die gegebenen Zahlen beziehen sich im allgemeinen auf den Stand vom 1. Januar 1909, doch ist bei manchen Organisationen die Angabe für einen etwas früheren oder späteren Zeitpunkt gemacht und in vielen Fällen beruht die Zahl der beschäftigten Arbeiter auf Schätzungen. Trotz dieser Mängel, welche der Statistik anhaften, ist sie als ein erster Versuch auf diesem Gebiet zu begrüßen, und die Erwartung ist wohl berechtigt, daß mit der Zeit eine größere Vollkommenheit erzielt werden wird.

Insgesamt sind durch die Statistik 2591 Verbände erfasst worden, von welchen jedoch eine erhebliche Zahl nur als Unterverbände gelten, welche an größere Reichs- oder Landes- und Bezirksverbände angeschlossen sind. Die umfangreichsten Organisationen sind die beiden großen, sich über das ganze Reich erstreckende Zentralen: Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände mit 32 500 Mitgliedern, die 1 450 000 Arbeiter beschäftigen und die Hauptstelle deut-

schier Arbeitgeberverbände mit 6144 Mitgliedern und 988142 Arbeitern. Außer diesen Zentralen sind weitere 89 Reichsverbände gezählt, die anderen Verbänden nicht angeschlossen sind, doch haben von diesen nur 30 die Zahl der beschäftigten Arbeiter angegeben. Diese Gruppe hat insgesamt 106756 Mitglieder mit 886742 Arbeitern.

Als weitere Gruppe sind die beruflichen Landes- und Bezirksverbände aufgeführt. Unter Außerachtlassung der an andere Verbände angeschlossen Organisationen sind hier 88 Verbände gezählt, von denen 37 die Zahl ihrer Mitglieder, und 27 die Zahl der beschäftigten Arbeiter angegeben haben. Diese Gruppe umfasst, soweit Angaben vorliegen, 13394 Mitglieder mit 483595 Arbeitern. Die dritte Gruppe bilden die beruflichen Ortsverbände. Von diesen sind 43 gezählt, die an andere Verbände nicht angeschlossen sind. Angaben über die Mitgliederzahl liegen von 40, über die Arbeiterzahl von 24 vor. Soweit Angaben vorliegen, zählen diese Verbände 1510 Mitglieder mit 40218 Arbeitern. Außerdem gibt es noch gemischte Landes- und Bezirks- und Ortsverbände, die wir aber hier außer Betracht lassen können, da die meisten Organisationen, die ihnen angehören, bereits bei den anderen Gruppen mitgezählt sind.

Zählt man die nicht an andere Organisationen angeschlossen Reichs-, Landes- und Bezirks- und Ortsverbände zusammen, dann erhalten wir 127 Verbände, von welchen 118 Angaben über ihre Mitgliederzahl und 83 solche über die Zahl der beschäftigten Arbeiter gemacht haben. Und zwar umfassen diese Vereine 159304 Mitglieder, die 3648679 Arbeiter beschäftigen. Berücksichtigt man, daß in der Statistik

bei weitem nicht alle Arbeitgeberorganisationen erfasst sind, und daß bei einem recht erheblichen Teil der erfaßten Verbände die hier interessierenden Angaben nicht gemacht wurden, dann wird man nicht fehl gehen, wenn man die Zahl der Arbeiter, die bei organisierten Unternehmern beschäftigt sind, auf mindestens 5 Millionen schätzt.

Die Arbeitgeberorganisationen sind noch verhältnismäßig jung, daß sie aber in so kurzer Zeit eine derartige Ausdehnung erlangt haben, muß für die Arbeiter eine Mahnung sein, im Ausbau der Gewerkschaften nicht zu erlahmen. Die Unternehmer haben einheitliche Organisationen, es fällt ihnen nicht ein, sich nach politischen oder religiösen Gesichtspunkten zu zersplittern. Ihr Zweck ist die rücksichtslose Wahrnehmung der Unternehmerinteressen gegenüber den Arbeitern. Das müssen sich auch die Arbeiter als Vorbild nehmen und allen Zersplitterungsversuchen energigeg entgegenzutreten. Die Tatsache, daß in den Gewerkschaften kaum halb so viel Arbeiter organisiert sind, als von organisierten Unternehmern beschäftigt werden, muß uns aufpeitschen zu einer unermüdbaren Agitation, um den Vorsprung wettzumachen, den die Organisation der Unternehmer erlangt hat.

Bei dieser Gelegenheit dürften insbesondere die Angaben über die Arbeitgeberorganisationen in der Holzindustrie interessieren. Die bedeutendste ist der dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände angeschlossene Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe, der in 6 Landes- bzw. Bezirksverbänden und 126 Ortsverbänden 4397 Mitglieder zählt, die 60998 Arbeiter beschäftigen. — Einem anderen Ver-

bande nicht angeschlossen ist der Verband deutscher Stuhl- und Sesselhersteller mit dem Sitz in Leipzig. Er umfaßt 5 Ortsverbände mit 45 Mitgliedern, die 8660 Arbeiter beschäftigen. In der gleichen Rubrik ist der Schutzverband für den Wagenbau, die Stellmacher, die Schmiede, die Schlosser, die Lackierer, die Sattler (Sattler und Tapezierer), Kiemer und Tischler, mit dem Sitz in Berlin aufgeführt. Für diesen Verband, der sich eines recht langen Namens erfreut, sind Angaben nicht gemacht. In einer Fußnote heißt es, daß er noch in der Organisation begriffen sei. Außerdem gibt es in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe noch 9 anderen Verbänden angeschlossene Landes- und Bezirksverbände, die jedoch nicht namentlich aufgeführt sind. Sie gliedern sich in 45 Ortsverbände mit 1293 Mitgliedern und 21202 beschäftigten Arbeitern. In der Rubrik der beruflichen Ortsverbände sind in der Holzindustrie 176 angeschlossene Verbände gezählt mit 6489 Mitgliedern und 26547 Arbeitern.

Literarisches.

Die Volksschule wie sie ist. Diese Broschüre aus der Feder des früheren Lehrers, Genossen Otto Kühle, ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, in zweiter Auflage erschienen. Der Verfasser hat die Broschüre einer eingehenden Umarbeitung unterzogen und neuestes Material zur Grundlage seiner Ausführungen verwendet. Als Auffklärungsschrift über das wichtige Gebiet der Volksschule dürfte die Broschüre sehr gute Dienste leisten. Preis 75 Pf., Agitationausgabe 30 Pf.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M. Sektion der Modellseiler. Samstag, den 21. August, abends 7 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus, Kolleg 5.

Anzeigen.

Gilten (Anhalt). Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Franz Sieber, Auguststr. 20. Dasselbe Auszahlung der Reisenerstattung.

Witten (Anhalt). Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle für Tischler, Drechsler, Maschinenarbeiter, Stellmacher, Müllermacher und Korbmacher befindet sich bei Reberstraße 3. Die Kollegen werden ersucht, diesen Arbeitsnachweis zu benutzen. Umgehungen ist streng verboten. Die Reisenerstattung wird nur im Nachweisdureau ausbezahlt.

Witten (Anhalt). Den Kollegen, insbesondere den reisenden Kollegen, zur Nachricht, daß sämtliche Unterstellungen in der Filiale der Bezugsigen Arbeiterstimme, Witten, Reberstraße 3, ausbezahlt werden. Zahlungen erfolgen nur abends von 7-8 Uhr.

Witten (Anhalt). Der Arbeitsnachweis für alle in der Goldbleichbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen befindet sich in Witten bei Herrn Franz Wülfanger, Gasthaus zum Wülfangerhof, Wülfangerstraße 28, wohin alle Anfragen unbedingt zu richten sind.

Witten (Anhalt). Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich Begulnberg 10. Wir ersuchen die Kollegen, nur unseren Nachweis zu benutzen. Umgehungen streng verboten.

Schwerin i. Meckl. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Schweriner Gesellschaftshaus, Str. Moor 51, geöffnet 6 1/2-7 1/2 Uhr abds. Umgehungen streng verboten.

Witten (Anhalt). Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Elmer, Heimenstraße 22, dort part. Umgehungen ist strengstens verboten. Die Reisenerstattung wird im Gewerkschaftshaus, Wülfangerstraße 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Reutendorf. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Paul Böcher, Hohlstr. 59. Umgehungen streng verboten. Dasselbe Auszahlung der Reisenerstattung. Wochentags 6-7 Uhr abends, Sonn- und Feiertagen 11-12 Uhr mittags.

Heinrich Ruther, Tischler, sende sofort deine Adresse wegen Reisesausgabe an Stellmacher August Grotmann, Wiesfeld, Dübenerstraße 40.

H. Lange, früher in Leeds, Engl., wied. geb., seine Adresse, d. d. Exp. d. Holzarb.-Blg. zu senden.

Heinrich Gaukel, sende deine Adresse an Aug. Hohlkamp in Herford, Radio-Feldm. 516.

Zahlstelle Wurzen.

Sonntag, den 12. September, nachmittags von 3 Uhr ab

25. Stiftungsfest

bestehend in Konzert und verschiedenen Volksbelustigungen.

Abends 8 Uhr: Festsche, darauf Ball.

Hierzu laden wir unsere Kollegen nebst ihren Angehörigen auch aus den umliegenden Zahlstellen freundlichst ein.

Die Lokalverwaltung.

Einzigster Tischler kann sich an rentablen Betrieb beteiligen bei Sicherstellung des Kapitals, in größerer Stadt bei Leipzig. Offerten erbeten unter

C. A. 164 a. d. Exped. d. Holzarbeiterztg.

2-3 junge Wagner per sofort gesucht. G. Münze, Nadfabrik, Frommern bei Balingen, Württemberg.

Gesucht auf sofort einen jüngeren Korbmachergehilfen, der gut auf Meißelförbe eingearbeitet ist. Dauernde Arbeit. G. Wetzel, Korbmachermeister, Witten i. Westf.

Korbmachergehilfen auf Gesellarbeit per sofort gesucht.

Wilh. Orlepp, Hohlborn bei Schmalkalden, Station Selgenthal.

2 Korbmacher auf Gesellarbeit und Roharbeit sofort gesucht. Wilh. Schulte, Lindau i. Bodensee, Wegergasse.

Korbmacher

auf Peddignmöbel werden sofort eingestellt Deutsche Rohmöbelfabrik, Brandenburg a. S.

Suche 5-6 Korbmacher auf Mattarbeit bei hohem Akkordlohn. Peter Wiesner, Grim-Korbmacherei, Erlenhof, Post Marktweidenfeld, Bayern.

Einem tüchtigen, jüngeren Korbmacher auf Großgeschlagen stellt sofort ein Ernst Rohrbach, Mühlberg a. Elbe.

1 Korbmachergehilfen sucht per sofort für dauernde Arbeit auf Großgeschlagen. Louis Stuger, Bernburg, Lindenstr.

1-2 junge Korbmacher auf Weiß per sofort für dauernd gesucht. Nur solche mögen sich melden, die auf dauernde Stellung reflektieren. Friedr. Köpke, Wittenburg, Medlenburg.

Dürstenermacher-Holzwerker verlangt auf Schneidebank und Präse. Aug. Viehsenz, Berlin, Uferstr. 182.

Tüchtige Graveure oder auch Kammmacher auf Durchbrechen und Präsen feinerer Artikel in Schildpat und Zelluloid bei gutem Lohn sofort gesucht. Gef. Offerten mit Angabe des Alters, ob verheiratet, und wo bisher beschäftigt, erbeten an Schlager & West, Kammmfabrik, Darmstadt.

Möbelfabrik — auf dem Lande gelegen — sucht für die Holzbearbeitungsmaschinen und -Werkzeuge ein u

wer wenig als Tischlerer Erfahrungen besitzt. Meldungen nur von solchen, welche die Beschäftigung in der Möbelfabrik nachweisen können, an Haasenfein & Vogler, U.-G., Frankfurt a. M., unter B. 7078 erbeten.

Werkmeister

für Möbelschleiferei (12-15 Bänke) mit elektr. Betrieb gesucht. Mehrjährige praktische Tätigkeit besserer Fabrikation Bedingung. Im Zuschnitt, Kalkulation, sowie in Skizze u. Detail durchaus Erfahrene wollen Offerten mit Zeugnisabschriften und nähere Angaben über bisherige Tätigkeit, Ansprüche usw. unter J. 686 an Haasenfein & Vogler, U.-G., Hannover, einsenden.

Größere Möbelfabrik bei Hamburg sucht energischen Meister für die Expedition, derselbe muß tüchtiger, umsichtiger Tischler sein und selbst mit Hand anlegen. Offerten unter M. H. 166 an die Expedition d. Bl.

Größere Sägen- und Fensterfabrik bei Hamburg sucht tüchtigen energ. Meister, der bereits größeren Betrieb geleitet u. mit Teilarbeit, Maschinen usw. durchaus vertraut ist. Näh. Ang. mit bish. Tätigkeit u. Gehaltsansprüchen unt. T. F. 165 an die Exp. d. Bl.

Sägemeister

nach Deutsch-Ostafrika gesucht.

Bedingungen: große praktische Erfahrung im Sägewerksbetrieb, solide, fleißig, möglichst unverheiratet. Angebote mit Zeugnisabschriften, Angaben des Alters, der Militär- und Familienverhältnisse sowie Gehaltsansprüche sind unter U. K. 6618 an Rudolf Wölfe, Stuttgart, zu richten.

Suche ständigen Lieferanten von Cedern-Säge-Spänen! Offerten mit Preisangabe an F. Pfeiffer, Wahlsdorf a. d. Ostbahn.

Stellmacherwerkstatt

in flotten Betriebe befindlich, ist wegen Zuruhesetzung des jetzigen Inhabers zu verpachten. Gefällige Anfragen erbitte an Moritz Kupke, Schmiedemeister, Görlitz, Lutherstr. 44.

Grösste deutsche Tischler-Fachschule Detmold

Bewährte Ausbildung als Meister — Werkmeister — Techniker — Zeichner — gesetzliche Meisterprüfung. Auskunft u. Programm frei durch Direktor Brecht.

Schreiner

Werkzeuge: Putzhobel, feine Rückensägen, amer. Schraubenzieher sowie viele andere Neuheiten. Katalog gratis u. franko. HEINR. BUSCH, Werkzeug-Versandhaus, Hagen i. W.

Qualitäts-Marken und Kautschuk - Stempel

Liefert seit 30 Jahren Jean Holze & Co. Hamburg, Wafenbinderhof 70.

Bauschule und Technikum

Errichtet 1890 Berlin C., Mühlstr. 7. Errichtet 1890 in Detmold: Bau- und Maschinenlehre. Grundriss, Statik, Festigkeit, Holzlehre, Verleimung, Holzschutz, Holzschutzmittel, Holzschutzmittel.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23

Nach meinem durch zwei deutsche Reichspatente gesch. neuen Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

eine sofortige Porenfüllung

man erspart Material, Zeit, Arbeit, erzielt edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes, vermeidet Oelaustritt, Rissigwerden der Politurdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.

Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet. Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritlösliches Polierpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.

Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend 1 Flasche Marmor-Monopolitur-Extrakt zum Grundpolieren 1 " Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren 1 " Patent-Politur zum Reinpulieren 1 " allerfeinsten Politur-Glanzack, blond, zum Ausziehen von Kehlleisten usw. 1 " allerfeinsten Kristall-Glanzack, blond (Stuhllack, Drechsler-, Bildhauerlack) 1 " Schleif- und Polieröl, gelblich 1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol“ 1 " Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“ 1 " Bimstein-Polierpulver, hellbraun 1 Tube Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitzen schadhafter Holzstellen 1 Stück Korkscheibeklotz, 120x75x30 mm

zum Ausnahmepreis von 8 Mark franko inkl. Emballage gegen Nachnahme. Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Postkollo zum Versuchspolieren à 8 Mark.

Mein Lehrbuch über das Belzen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattpoliersprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Meilmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenecke-Brünn, Prof. Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. Preis Mk. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.

Verlag von Theodor Selpart in Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68

W. Kolscher's Fachschule für Tischler

und für gewerbliches Zeichnen Exter-Strasse zu Detmold Ecke Grabenstr. 3- und 6-monatlicher Kursus mit Tages- und Abendunterricht. In 6 Monaten: Ausbildung zum Meister, fähiger und Vorbereitend für die Meisterprüfung. In 6 Monaten: Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter. Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt kann jederzeit erfolgen. Auskunft durch die Direktion. W. Kolscher.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.

Zeichner, Werkführer, Meister. Staatlich subv. Progr. kostenlos. Die Tischler-Fachschule Blankenburg a. Harz gebiegene Ausbildung als Werkmeister u. Zeichner. Programm frei. Direktor Reineking. Zum Selbstunterricht empfehle: Die „Stillehre für Tischler“, 190 Seiten stark, gebunden Mk. 6. Zu beziehen von Direktor Reineking, Blankenburg am Harz.

Mein lieber Freund

ich will Dir eins sagen, Wenn Du jemals Abtischsteine, englische oder amerikanische Werkzeuge irgend welcher Art brauchst, so laufe nur bei Otto Bergmann, Berlin SO., Doppelstr. 31. Katalog, 72 Seiten stark, ist bei postfrei zur Durchsicht.